

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

G. F. HUDSON

Wo steht England heute?

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages übernehmen wir aus der englischen Zeitschrift „THE TWENTIETH CENTURY“ (April 1956) den folgenden Artikel von G. F. Hudson:

Bei den letzten Parlamentswahlen stimmten viele Wähler in England für die konservative Partei eigentlich in erster Linie im Vertrauen auf Sir Anthony Eden's außenpolitische Fähigkeiten. Man hatte irgendwie das Gefühl, daß England in der schwierigen und gefährlichen internationalen Lage, der es sich gegenüber sah, nicht nur einen fähigen Außenminister, sondern auch einen Ministerpräsidenten brauchte, der durch seine Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten dazu befähigt sein würde, die Regierungsgeschäfte sowohl der Innen- wie der Außenpolitik kraftvoll und erfolgreich zu leiten. Weder Mr. Attlee noch irgendein anderer präsumptiver Nachfolger im Führungsamt der Labourparty schien im Sinne des eben Gesagten so qualifiziert für die bevorstehenden Aufgaben zu sein wie Sir Anthony Eden.

Dennoch ist bis heute die Amtsperiode von Ministerpräsident Eden durch eine ernste Verschlechterung der internationalen Stellung Großbritanniens und durch eine Reihe von Demütigungen ohne Beispiel gekennzeichnet. Teilweise lassen sich die negativen Entwicklungs-Trends vielleicht auf Umstände und Maßnahmen anderer Länder zurückführen, die auch der weiseste unter den Staatsmännern Englands nicht hätte verhindern können. Auf der anderen Seite ist die Entwicklung zum Negativen in einem solchen Ausmaß ganz deutlich das Resultat der von der britischen Regierung befolgten Politik, daß die ernstesten Zweifel in die Fähigkeit Edens wachgerufen werden müssen, die Außenpolitik unseres Landes in einer Zeit zunehmender, lebensbedrohender Gefahren zu lenken. Es ist somit an der Zeit, die Bilanz der Lage zu ziehen und den Versuch zu machen, die Fehler der britischen Außenpolitik in den letzten Monaten zu analysieren. Daß sehr ernste Fehler gemacht worden sind — darüber kann man heute kaum noch länger im Zweifel sein.

Die Probleme, die die Politik der britischen Regierung in den letzten acht Monaten zu bewältigen hatte, ergaben sich in erster Linie aus

den Schachzügen der Sowjetunion auf dem Gebiet der internationalen Politik seit der „Gipfelkonferenz“ der Regierungschefs im vorigen Sommer.

Angesichts der Tatsache, daß sich durch vorhergehende diplomatische Fühlungen keine Fortschritte in Richtung auf irgendwelche klaren Übereinkünfte erzielen ließen, war man damals auf westlicher Seite an die Planungen für diese Gipfelkonferenz in der ganz bewußten Absicht herangegangen, daß es sich um ein allgemeines Abtasten der Lage, und nicht um einen Abschluß formeller Verträge handeln sollte.

Man wollte, daß sich die „Großen Vier“ auf Direktiven einigten, die dann an die Außenminister weitergeleitet und von diesen in die Form detaillierter Abkommen umgewandelt werden könnten. Auf diese Weise hoffte man eine Situation zu vermeiden, in der die Gipfelkonferenz entweder erfolglos abgebrochen, oder aber im Stile von Jalta und Potsdam in übereilte und schlecht vorbereitete Entscheidungen hineinmanövriert werden würde. Wie sich die Dinge dann tatsächlich entwickelten, war die Konferenz in dem Sinne ein Erfolg, daß die versammelten Staatsmänner und Beamte, ohne feste Vereinbarungen abschließen zu müssen, freundschaftliche persönliche Beziehungen pflegen konnten, die genügend Publizität erhielten, um ein allgemeines Gefühl der Entspannung zu schaffen. Triumphierend gab der britische Außenminister nach seiner Rückkehr von der Konferenz bekannt, daß es „keinen Krieg geben würde“. Überall in England, aber auch in Amerika, herrschte das Gefühl vor, daß man einen gewaltigen Schritt nach vorne in Richtung auf eine Beilegung der großen Konflikte zwischen den Westmächten und Rußland getan hatte. Es wurde sogar zur Mode, von dem Kalten Krieg nur noch im Imperfekt zu sprechen.

Alles hing jedoch davon ab, ob sich der scheinbar an den Tag gelegte „gute Wille“ der Gipfelkonferenz auf der Zusammenkunft der Außenminister im Oktober in eindeutige Abmachungen, insbesondere über die Frage der deutschen

Wiedervereinigung, umsetzen lassen würde. Darüber hinaus hing alles davon ab, ob Rußland nunmehr aufhören würde, die internationalen Spannungen weiter durch strategische und diplomatische Schachzüge außerhalb der beiderseits abgegrenzten Interessenssphären zu verschärfen. Die letzten Monate des Jahres 1955 gaben eine Antwort auf die Frage, wie ernst es die sowjetische Regierung mit ihrem vorgegebenen Wunsch nach einer Verringerung der internationalen Spannungen meinte. Während und nach der Oktoberkonferenz der Außenminister hielten die Russen nicht nur im krassen Gegensatz zu dem Geist der „Gipfel-Direktive“ ihre frühere Unnachgiebigkeit in der Frage der deutschen Wiedervereinigung aufrecht, sondern legten sich noch mehr auf das ostsozialistische Regime in Deutschland fest. Gleichzeitig — genauer genom-

INHALT DIESER BEILAGE:

G. F. Hudson:

Wo steht England heute?

Herbert W. Kundler,

U. Heinemann-Rufer,

Christamaria Selle:

Das öffentliche Informationswesen der Sowjetzone Deutschlands

men etwas früher — brachten sie das prekäre, von den Westmächten im Nahen Osten herbeigeführte arabisch-israelische Gleichgewicht durch Waffenlieferungen durcheinander, und zwar an ein Land, (Ägypten) das erklärte, sich im Kriegszustand mit Israel zu befinden. Um schließlich ihre Politik der böswilligen Brunnenvergiftung am deutlichsten zu demonstrieren, unternahmen dann Chruschtschow und „sein“ Bulganin eine Reise durch drei asiatische Länder, in deren Verlauf Chruschtschow nicht nur Groß-Britannien in einer für solche diplomatischen Besuche noch niemals dagewesenen, verleumdenden Weise angriff, sondern auch örtliche Konflikte durch ein Aufhetzen Indiens und Afghanistans gegen Pakistan verschärfte.

Rußland, Advokat der arabischen Sache

Diese Entwicklung stellte die britische Regierung vor die Notwendigkeit wichtige Entscheidungen über die Richtlinien ihrer gesamten Politik zu fällen. Wie sollte man die herausfordernden Schachzüge der Sowjetunion beantworten? Wie sollte man insbesondere der neuen Gefahr eines von Rußland geschürten, arabisch-israelischen Krieges begegnen, und wie sollte man sich in der Frage des im Frühjahr 1956 fälligen Besuches von Chruschtschow und Bulganin verhalten, zu dem die britische Regierung auf der Gipfelkonferenz eingeladen hatte, als ein neues Klima des guten Willens geschaffen worden zu sein schien? Durch eine Analyse der Politik der britischen Regierung in Bezug auf diese beiden, entscheidenden Probleme werden sich die charakteristischen Züge der Diplomatie Edens mit allen ihren Gefahren für die lebenswichtigen Interessen Groß-Britanniens am besten aufzeigen lassen.

Die russisch-tschechischen Waffenlieferungen an Ägypten bedeuten in Verbindung mit Moskaus Diplomatie einer offenen Feindschaft gegenüber Israel zwangsläufig das Ende der bis dahin von den angelsächsischen Mächten befolgte Politik, im Nahen Osten durch eine Begrenzung der Waffenlieferungen sowohl an die arabischen Länder wie an Israel eine „balance of power“ aufrechtzuerhalten. Die neue russische Politik mußte mit größter Wahrscheinlichkeit zu zwei weitreichenden Konsequenzen führen, es

sei denn, man entschloß sich auf westlicher Seite zu wirksamen Gegenmaßnahmen: Einmal mußten die arabischen Staaten, die ohnehin Israel schon an Größe und Bevölkerungszahl weit überlegen waren, durch den von der Sowjetunion betriebenen Ausbau ihrer militärischen Stärke in ihren Hoffnungen auf die Chance ermutigt werden, ihr Ziel der Vernichtung Israels erreichen zu können. Dadurch aber mußte ein arabisch-israelischer Krieg beinahe unvermeidlich werden. Zum zweiten führte die russische Politik der aktiven Unterstützung der arabischen Staaten gegen Israel dazu, daß sich diese Staaten allmählich von Großbritannien und den Vereinigten Staaten — (letztere versuchten im arabisch-israelischen Konflikt neutral zu bleiben) — entfremdeten und mehr in den russischen Machtbereich hinübergezogen wurden. Die Westmächte konnten sich nun nicht länger darauf beschränken, einfach beiseite zu stehen und den Dingen ihren Lauf zu lassen, und zwar vor allem deshalb nicht, weil Großbritannien durch den britisch-jordanischen Vertrag und durch den Bagdadpakt schon zu sehr im Nahen Osten engagiert war, als daß es sich aus einem arabisch-israelischen Krieg würde heraushalten können. Hinzu kam, daß Rußland als der Advokat der arabischen Sache siegreich auf dem Felde der Auseinandersetzung bleiben mußte, wenn Großbritannien seine Verantwortung für diesen Raum völlig preisgab.

Zwei Alternativen

Großbritannien mußte daher eine schwerwiegende Wahl zwischen zwei Alternativen treffen: Entweder konnte die bestehende Dreimächte-Erklärung über die Demarkationslinie in Palästina durch ein klares und endgültiges Versprechen bekräftigt werden, militärische Maßnahmen gegen denjenigen zu ergreifen, der sich einer ernstesten militärischen Aggression schuldig machen würde. Dies würde bedeutet haben, daß sich die Araber — mochten sie soviel aufrüsten wie sie wollten — nicht der Hoffnung eines Angriffes auf Israel hingeben konnten, ohne dadurch automatisch in einen Kriegszustand mit den Westmächten verwickelt zu werden. Unter diesen Umständen hätten es die arabischen Staaten daher in ihrem eigenen Interesse vorziehen müssen, mit Israel auf der Basis des territorialen status quo eine Übereinkunft zu erzielen. Eine solche britische Politik barg das Risiko in sich, daß die arabische Verärgerung über die Haltung der Westmächte mindestens vorübergehend zu einer Verstärkung der pro-russischen Tendenzen in der gesamten arabischen Welt führen würde.

Die einzige echte Alternative bestand aber darin, daß die Westmächte die arabischen Staaten aktiv gegen Israel unterstützen und mit Rußland in einen Wettbewerb um die Förderung der arabischen Sache eintreten würden. Da aber die Juden Palästinas entschlossen waren, ihr neu erworbenes Land nicht kampfflos auf den Status eines Ghettos reduzieren zu lassen, hätten die Westmächte logischerweise schließlich entweder

bereit sein müssen, die Araber in einem Angriffskrieg gegen Israel zu unterstützen, oder aber ihrerseits Israel in eine Unterwerfung unter die arabischen Forderungen zu zwingen.

Dieser zweiten Alternative stand und steht jedoch der schwerwiegende Einwand entgegen, daß die Westmächte eine solche Politik niemals bis zur letzten logischen Konsequenz durchführen könnten. Den westlichen Demokratien ist es auf Grund der fundamentalen Prinzipien ihrer Einstellung zu internationalen Fragen versagt, eine „Realpolitik“ dieser Art erfolgreich durchzuführen. In den dreißiger Jahren z. B. konnte die Politik der britischen Regierung nicht dadurch Italien von Deutschland loslösen, daß sie Mussolinis Absichten gegen Abessinien stillschweigend duldete, da die öffentliche Meinung in England das Hoare-Laval-Abkommen ablehnte, sobald seine einzelnen Bestimmungen öffentlich bekanntgegeben worden waren. Rußland wird stets bereit sein, in dem „Bieten“ um das antiisraelische Championat höher zu gehen als die Westmächte. Eine Regierung, die ganze Nationalitätengruppen des eigenen Landes durch Massendeportationen liquidiert und eine äußerst virulente Form des Antisemitismus in Osteuropa geschürt hat — (dieser Antisemitismus ist erst kürzlich wieder intensiviert worden, nachdem auf Grund der Zurücknahme der Anklagen in dem sogenannten Ärzte-Komplot vorübergehend eine Beruhigung eingetreten war) — würde zweifellos nicht davor zurückschrecken,

in Verfolg ihrer gesamten Politik im Nahen Osten der völligen Vernichtung des Staates Israel zuzustimmen. Die öffentliche Meinung in Großbritannien, mag sie auch am Anfang eines arabisch-israelischen Konfliktes noch so proarabisch eingestellt sein, würde sich zwangsläufig gegen eine solche Politik wenden, lange bevor noch die völlige Vernichtung Israels erreicht wäre. Und selbst wenn die öffentliche Meinung in England gewillt wäre, im Bündnis mit Nasser bis zum äußersten zu gehen, so würde das in Amerika nicht der Fall sein. Eine britische Politik aber, die im Nahen Osten mit Rußland rivalisiert, kann ohnehin niemals wirksame Erfolge aufweisen, wenn sie nicht entscheidend durch die Vereinigten Staaten unterstützt wird. In den letzten Monaten haben die amerikanischen Investitionen am arabischen Öl und an dem Luftstützpunkt Ohahrn zu einer Abweichung der früheren amerikanischen Nah-Ostpolitik, d. h. zu einer proarabischen Haltung geführt. Dies ist in einem solchen Ausmaß der Fall gewesen, daß der oberflächliche Betrachter beinahe an das „Whitehall Camel Corps“ erinnert werden muß. Dennoch werden die pro-zionistischen Einflüsse in Amerika stets viel stärker sein als in England. Sollte bei den Wahlen im nächsten November ein demokratischer Präsident gewählt werden, so würden diese Einflüsse wahrscheinlich wieder dominieren. Selbst die Regierung Eisenhower hat gelernt, daß es politisch unklug ist, zu weit in der Unterstützung der Araber auf Kosten Israels zu gehen. Es ist in der Tat sehr unwahrscheinlich, daß eine britische Regierung bei einer hundertprozentigen pro-arabischen Politik jemals Amerika hinter sich bringen könnte.

Großbritannien stand daher vor der Aufgabe, seine Wahl über die zu befolgende Politik unter Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte zu treffen. Es steht auch heute noch vor dieser Wahl. Als wichtigstes Ziel hätte die britische Regierung anstreben müssen, daß die westliche Antwort auf die russische Einmischung in Form einer gemeinsamen Erklärung Groß-Britanniens und Amerikas, oder noch besser der Drei Westmächte zusammen erfolgte. Statt dessen gab Sir Anthony Eden in seiner Mansion House Rede am 9. 11. zur britischen Politik eine einseitige Erklärung ab, die zwangsläufig die verheerendsten Folgen haben mußte. Er begann seine Rede an sich ganz gut damit, daß er in unzuweideutiger Weise die den sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten zugrundeliegenden, bösen Absichten darlegte: „Vorzugeben, daß diese ganz bewußt betriebene Politik eine harmlose kommerzielle Transaktion war, ist einfach fantastisch. Natürlich ist sie das nicht, Herr Oberbürgermeister, (Anmerkung d. Red.: alljährlich gibt der Oberbürgermeister in London im Mansion House ein offizielles Bankett.) Vielmehr handelt es sich um einen Schachzug, durch den Rußland auf Kosten des zurückhaltenden Westens an Popularität gewinnen will. Die Absicht ist dabei, dem Kommunismus das Eindringen in die arabische Welt zu erleichtern Unsererseits sind wir jedenfalls nicht in der Lage, diese sowjetische Maßnahme in Übereinstimmung zu bringen mit den Beteuerungen der Russen, daß sie den Kalten Krieg im Sinne des neuen Geistes

von Genf zu beenden wünschen. Die Urheber dieser Waffenlieferungen müssen sehr wohl im voraus gewußt haben, welche Auswirkungen die plötzliche Ankunft dieser großen Waffenmengen zwangsläufig haben wird“. Nach diesen feierlichen Worten hätte man eine anschließende Warnung des Ministerpräsidenten erwarten können, daß die Mächte, die die Verantwortung für die Demarkationslinie in Palästina übernommen haben, jedem von Rußland verursachten Friedensbruch mit Gewalt entgegenzutreten würden. Statt dessen stellte Eden im weiteren Verlauf seiner Rede die Dinge so dar, als ob wirklich kein Grund für irgendeine Beunruhigung vorhanden sei, da weder die eine noch die andere Seite irgendetwas durch einen Krieg gewinnen könnte: „Herr Oberbürgermeister“, so erklärte er, „Sie waren so liebenswürdig, auf meine Erfahrungen im Foreign Office anzuspielen. Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Ich habe noch niemals eine Situation erlebt, in der es deutlich war, daß es keine der Parteien auf lange Sicht gesehen von einem militärischen Konflikt auch nur das Geringste erhoffen kann.“

Diese Feststellung war absolut unsinnig; denn es ist ja gerade klar, daß die Araber bald in Tel-Aviv sein, und somit das endgültige Ende Israels heraufbeschwören würden, wenn man es ihnen auf dem Wege der Aufrüstung ermöglichen würde, eine erfolgreiche militärische Offensive zu ergreifen. Was Sir Anthony Eden mit seiner Behauptung meinte, die Araber könnten auch bei noch so großen Waffenlieferungen durch eine militärische Aktion nichts gewinnen, wurde an der weiteren Entwicklung seiner Argumente deutlich. Er vermied es, irgendeine Versicherung über Maßnahmen des Westens zur Verhinderung einer Verletzung der Demarkationslinie abzugeben, erklärte aber dann doch: „Wenn beide Seiten hinsichtlich ihrer Grenzen einen annehmbaren Vergleich erzielen könnten, so würden wir d. h. die Regierung ihrer Majestät, und wie ich glaube, die Vereinigten Staaten sowie vielleicht auch andere Mächte bereit sein, beiden Seiten gegenüber eine formelle Garantie abzugeben.“

Anschließend bot Eden die britische Vermittlung für eine neue Grenzziehung an, die auf einem Kompromiß basieren sollte, zwischen der bestehenden Demarkationslinie und der ursprünglichen Teilungslinie der V.N. aus dem Jahre 1947, die damals von den arabischen Staaten abgelehnt wurde, als diese nach der Beendigung des britischen Mandates Palästina angriffen. Auf jeden Fall ist der UN-Plan aus dem Jahre 1947, den Eden auf diese Weise mit seinem Vorschlag verband, in keiner Weise auf die augenblickliche Lage anwendbar. Ganz abgesehen davon, daß die Araber damals in dem Krieg, den sie gegen die Durchführung dieses Planes kämpften, den Kürzeren zogen, hat der im Plan vorgesehene arabische Palästina-Staat niemals das Licht der Welt erblickt, während die heutigen Ansprüche auf israelisches Gebiet von Ägypten, Syrien und Jordanien gestellt werden. Das erneute Ausgraben des Planes von 1947 sollte lediglich den Vorschlag, die israelischen Grenzen erst nach erfolgter Zustimmung der arabischen

Staaten zu garantieren, mit einem Anstandsmäntelchen zu umhüllen. Mit anderen Worten wurde hier der Versuch unternommen, die arabischen Staaten zu beschwichtigen, indem man Israel unter Druck setzte, damit es in größerem Umfang Gebietsabtretungen leistet, um seine Existenz überhaupt zu retten. Leider ließ Israel kurz nach dieser Rede keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es nicht gewillt sei, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Tatsächlich haben dafür auch niemals irgendwelche Aussichten bestanden. Mit Sicherheit könnte nur eine Bedrohung durch eine überwältigende Militärmacht, wahrscheinlich aber auch nur ein tatsächlicher feindlicher Angriff auf Israel und eine Eroberung des Landes diesen Staat dazu zwingen, größere Teile seines heutigen Territoriums aufzugeben. Die britischen Vorschläge haben daher lediglich dazu geführt, daß die arabischen radikalen Kreise in ihrem Glauben bestärkt wurden, gegen Israel ungestraft einen Krieg führen zu können, sobald sie dazu stark genug sind. Seit vergangener November ist es aber das vorherrschende, praktische Ziel der ägyptischen Politik, die erforderliche Stärke für einen solchen Krieg auf schnellstmöglichen Wege zu erzielen. Das hat notwen-

digerweise nicht nur zu einer Erhöhung der militärischen Schlagkraft mit Hilfe von sowjetischen Waffenlieferungen und sowjetischen Technikern geführt, sondern auch zu politischen Maßnahmen mit dem Ziel einer Koordinierung der Politik Ägyptens, Syriens und Jordanien, und einer Unterstellung der Streitkräfte dieser Länder für militärische Operationen gegen Israel unter ein gemeinsames Oberkommando. Die Durchkreuzung der britischen Pläne, Jordanien in den Bagdadplan einzugliedern, die Entlassung von Glubb Pascha und die Aufhebung der britischen Sonderrechte in Jordanien — alle diese Maßnahmen haben wesentlich dazu beigetragen, die arabischen Staaten für einen gemeinsamen Krieg gegen Israel zusammenzuschließen. In dieser Situation der überall einsetzenden arabischen Vorbereitungen haben Groß-Britannien und Amerika bis heute nichts anderes getan, als über ihren Friedenswillen und ihre Bereitschaft zu einer Garantie „vereinbarter“ Grenzen zu reden und ihre Entschlossenheit zu beteuern, sich nicht an einem Rüstungswettlauf zu beteiligen, d. h. die russischen Waffenlieferungen an Ägypten nicht durch eigene Waffenlieferungen an Israel auszugleichen.

Falsche Einschätzung der Lage

Der auf einer falschen Einschätzung der Lage beruhende Versuch des britischen Ministerpräsidenten, den arabisch-israelischen Konflikt ohne die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik mit den USA zu lösen, entsprach der gesamten Nahostpolitik Groß-Britanniens in den letzten Monaten: Die britische Regierung spielt einfach eine einsame Rolle als imperiale Großmacht, als ob seit den Tagen von Gurzon und Cromer nichts geschehen wäre. Großbritannien hat den Bagdadpakt unterschrieben und die Verantwortung für den Schutz Persiens übernommen, ohne daß Amerika zu den Signatarstaaten dieses Paktes gehört. Niemand scheint zu wissen, was Großbritannien tatsächlich tun könnte oder tun würde, wenn Persien jemals von Rußland überfallen würde.

Man gibt sich lediglich der vagen Hoffnung hin, daß Amerika in einem solchen Falle zu Hilfe eilen würde, obwohl dafür gar keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen. Die Großbritannien im Nahen Osten zur Verfügung stehenden Truppen sind für die Unterstützung einer unabhängigen britischen Politik völlig unzureichend, wenn es jemals zu einer Krise kommen sollte. Um aber für diese Truppen eine Operationsbasis zu schaffen, ohne dabei von irgendeinem alliierten Staat abhängig zu sein, hat es die britische Regierung für notwendig erachtet, an der Insel Cypern festzuhalten, selbst auf das Risiko hin, daß dadurch die bittere Feindschaft Griechenlands heraufbeschworen wird. Als man den Angelpunkt der britischen Macht im Mittelmeerraum vom Suezkanal nach Cypern verlegte, erkannte man in keiner Weise, daß der erzwungene Rückzug von der Kanalzone automatisch auch die britische Position auf Cypern unhaltbar macht; es stand doch nicht zu erwar-

ten, daß stolze Griechen die Blockierung ihrer nationalen Aspirationen hinnehmen würden, nachdem Groß-Britannien einmal Ägypten gegenüber nachgegeben hatte. Hinzu kam, daß der durch die ägyptische Mordwelle gegen britische Soldaten in der Kanalzone so erfolgreich angewandte Druck einen sehr guten Anschauungsunterricht für die besten Methoden abgab, wie man sich einer britischen Kontrolle entledigen kann. Anstatt zu erkennen, daß Cypern zu einer internationalen Streitfrage geworden war, und es daher in Groß-Britanniens Interesse lag, soweit wie nur irgend möglich alle an der Sicherheit des Nahen Ostens interessierten Staaten der freien Welt zu den eigenen Verhandlungen mit Griechenland und der Türkei hinauszuziehen und dadurch die ganze Cypernfrage zu internationalisieren, — anstatt eine solche Politik zu betreiben, nahm die britische Regierung zu dem Vorwand Zuflucht, daß es sich hier lediglich um eine Frage der örtlichen Selbstverwaltung handele, mit der sich das britische Kolonialamt zu befassen habe. Aus dieser Auffassung resultierten dann die nutzlosen Verhandlungen mit dem Erzbischof Makarios, die niemals irgendwelche Chancen hatten, zu einem befriedigenden Ende geführt zu werden, da die Cyprioten eine Union mit Griechenland, aber nicht irgendeine Form der Autonomie verlangten. Die Frage der Stützpunkte war in erster Linie eine Angelegenheit, die zwischen den interessierten Regierungen selbst geregelt werden mußte und über die zu diskutieren daher der Erzbischof in keiner Weise kompetent war. Nachdem einmal die Verhandlungen abgebrochen waren — was ganz unvermeidlich war —, und nachdem der Erzbischof es abgelehnt hatte, sich von der EOKA Terror-

kampagne zu distanzieren, blieb nichts anderes mehr übrig, als diesen kirchlichen Starrkopf nach den Seychelles-Inseln zu verbannen. Aber die Gründe, die man für eine solche Maßnahme im März 1956 vorbringen konnte, rechtfertigten

in keiner Weise das Versagen der vergangenen zwei Jahre, die Cypernfrage als eine Angelegenheit von vordringlichstem, strategischem Interesse für alle Westmächte auf dem Wege internationaler Verhandlungen zu lösen.

Politik des Alleinganges

Die britische Regierung unter Führung Edens hat somit dahin tendiert, im Nahen Osten mit unzureichenden Mitteln eine Politik des Alleinganges, d. h. ohne seine Alliierten im Nordatlantik-Pakt zu verfolgen. Es kann daher nicht überraschen, daß sich Großbritannien heute auch in den europäischen Angelegenheiten — und ganz allgemein in den wichtigsten Fragen überhaupt — von seinen Alliierten entfernt und die Probleme alleine zu lösen versucht, als ob es sich auf dem Wege zu einer sehnsuchtsvoll betriebenen Rückkehr in die „Splendid isolation“ des neunzehnten Jahrhunderts befindet. Hierin ist die wahre Bedeutung dafür zu suchen, daß die britische Regierung an der Einladung an Chruschtschow und Bulganin festhält und zwar trotz der neuen, antiwestlichen Schachzüge der Russen seit der Gipfelkonferenz — als man die Einladung ursprünglich aussprach — und trotz der antibritischen Reden, die Chruschtschow in Indien gehalten hat.

Wenn aus den Erfahrungen seit 1945 eine Lehre gezogen werden muß, so ist es die, daß angesichts des russischen militärischen Übergewichts in Europa und angesichts der unermüdbaren Bestrebungen der sowjetischen Diplomatie und Propaganda, Uneinigheiten unter den westlichen Demokratien zu säen, die Sicherheit des Westens davon abhängt, ob seine geschlossene Front aufrechterhalten wird und man immer nur gemeinsam mit der Sowjetunion über irgendeines

der wichtigen Weltprobleme verhandelt. Nur die drei westlichen Alliierten sind gemeinsam stark genug, um mit Rußland verhandeln zu können. So lange der Kalte Krieg noch andauert, sollten die Konferenzen auf höchster Ebene immer nur an Konferenzorten abgehalten werden, die im wörtlichen und übertragenen Sinne „zwischen den Linien“, wie zum Beispiel in Genf, liegen. Die augenblicklichen britischen Bemühungen, auf eigene Faust, d. h. ohne eine Hinzuziehung Amerikas oder Frankreichs, einen direkten Kontakt mit Rußland herzustellen, und offenbar in irgendeiner Weise zwischen Moskau und Großbritannien's eigenen NATO-Alliierten zu vermitteln, — sind äußerst gefährlich besonders im Hinblick auf die psychologischen Rückwirkungen, die sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf die amerikanische Öffentlichkeit haben werden. Ein großer Teil dieser Öffentlichkeit hat stets dazu geneigt, Großbritannien des Versuches zu verdächtigen, zwischen Ost und West ein doppeltes Spiel zu betreiben. Die Einladung an die beiden sowjetischen Politiker war schon unklug, als sie ausgesprochen wurde; nach allem, was sich seither ereignet hat, und auch nach der sehr deutlich ausgesprochenen Warnung Sir Winston Churchill's vor 4 Monaten, kommt diese Einladung einer nicht zu verantwortenden Perversität gleich, deren Folgen sich hoffentlich nicht zu verheerend auf die künftigen anglo-amerikanischen Beziehungen auswirken werden.

teilen in anderen Ländern einzutreten. Diese Einstellung ist einmal mehr auf dem letzten Parteitag der KPdSU demonstriert worden. Chruschtschow hat sich als ein internationaler Demagoge von nicht geringen Fähigkeiten erwiesen, der in der Lage ist, sich gleichzeitig auf der diplomatischen Ebene und auf der eines „populären Zirkus“ zu bewegen. Er hat eine vollkommen neue „Technique“ darin entwickelt, die Gastfreundschaft eines Landes, das er besucht, zu mißbrauchen, um die Bevölkerung gegen andere Länder im Sinne der jeweiligen Erfordernisse der sowjetischen Politik zu beeinflussen. Dabei genießt er noch zwangsläufig die aus einer solchen Gastfreundschaft resultierende Immunität gegenüber öffentlichen Gegenangriffen. In England wird er zweifellos vorsichtiger vorgehen, als in Indien oder Burma. Es steht jedoch mit Sicherheit zu erwarten, daß er sein Bestes tun wird, um England mit einem maximalen Aufwand an publicity von seinem wichtigsten Alliierten zu entfremden, indem er alle die Streitfragen ausführlich zur Sprache bringt, bei denen die britischen Interessen und Gefühle von den amerikanischen abweichen. Hinterher wird es für die britische Regierung äußerst schwierig sein, ihre Ansichten zu irgendeinem komplizierten internationalen Problem in Washington energisch zu vertreten, ohne dabei den Anschein zu erwecken, daß sie sich mit Rußland vorher gegen Amerika verständigt hat.

Groß-Britannien kann es sich nicht leisten, seine Außenpolitik noch sehr lange in der bisherigen Weise weiter zu betreiben. Wirtschaftlich gesehen befindet sich Groß-Britannien als einzelnes Land in einer äußerst verwundbaren Lage. Vom strategischen Gesichtspunkt ist diese Lage auch sehr gefährlich. Ob Groß-Britannien zusammen mit den anderen demokratischen Staaten Westeuropas als eine unabhängige Nation überhaupt überleben wird, das hängt davon ab, ob es gelingt, die atlantische Gemeinschaft als einen Zusammenschluß von Staaten mit gemeinsamen Zielsetzungen zu erhalten und zu stärken. Attlee und Bevin schufen den Atlantik-Pakt zusammen mit Präsident Truman und seinen Außenministern; Churchill förderte ihn weiter, — Eden jedoch hat schon sehr viel dazu beigetragen, daß dieser Pakt zerstört wird. Es hat keinen Zweck, daß sich ein Berufsdiplomat — und sei er auch der geschickteste — im Jahre 1956 einbildet, er könne eine Art Außenpolitik zum Erfolge führen, die Groß-Britannien im Jahre 1900 oder sogar noch im Jahre 1930 hätte verfolgen können. Die Sicherheit Groß-Britanniens verlangt heute entweder nach einem Wechsel der Politik, oder aber nach einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten.

Der internationale Demagoge Chruschtschow

Im Rahmen der Entscheidung die Einladung aufrecht zu erhalten, mag es vielleicht als ein untergeordneter Faktor erscheinen, daß der Regierungssprecher in der Oberhaus-Debatte vor den Weihnachts-Ferien in seiner Rechtfertigung der Einladung darauf hinwies, die beiden sowjetischen Politiker seien in ihrer „offiziellen Eigenschaft“ nach Großbritannien eingeladen worden. Immerhin ist dieses Detail außerordentlich bezeichnend für die eigensinnige Verbohrtheit, mit der das Ziel von Sonderverhandlungen mit der Sowjetunion verfolgt wird. Niemand scheint darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß Chruschtschow, der ja nicht Mitglied der Sowjet-

regierung ist, nach allen Regeln und Konventionen des internationalen Verkehrs zwischen souveränen Staaten keine offizielle Stellung hat, die irgendeine ausländische Regierung anzuerkennen genötigt ist, — es sei denn, man ignoriert bewußt die Tatsache, daß dieser Politiker nach England einfach und ausschließlich als Führer der sowjetischen KP kommt. Diese Partei nimmt ja für sich das Recht in Anspruch, die Exekutivgewalt auszuüben, ohne dabei die einer staatlichen Souveränität innewohnende Verantwortung mit zu übernehmen. Genau so nimmt sie ja auch für sich das Recht in Anspruch, in eine Art diplomatischer Beziehungen zu Oppositionspar-

Das öffentliche Informationswesen der Sowjetzone Deutschlands

Zusammengestellt und verfaßt von:
Herbert W. KUNDLER, U. HEINEMANN RUFER und Christamaria SELLE

Diese Studie wurde im Auftrag der Harvard-Universität angefertigt, von der sie im Rahmen eines größeren Forschungsprojektes ausgewertet wird. Es handelt sich um einen umfassenden Bericht über das Wesen der Unterrichtung der Öffentlichkeit in der Sowjetzone Deutschlands. Er wurde zusammengestellt auf Grund von Veröffentlichungen, Protokollen und anderen Dokumenten aus der Sowjetzone sowie nach Berichten von geflüchteten Sowjetzonen-Bewohnern, die auf dem Gebiet der Information tätig gewesen waren. Die Angaben über personelle Besetzungen beziehen sich zum größten Teil auf den Stand vom Februar 1956. Für nähere Angaben von Quellen stehen die Autoren jederzeit zur Verfügung, jedoch muß in einigen Fällen ein Quellenachweis unterbleiben, da ein Teil des verwendeten Materials in der Sowjetzone als geheim gilt.

Einführung

Das öffentliche Informationswesen der Sowjetzone Deutschlands ist ein Teil des kommunistischen Herrschaftsapparates. Es unterscheidet sich daher in der Funktion und Struktur grundlegend vom Informationswesen demokratischer Gesellschaftsordnungen.

Seine Funktion umfaßt zweierlei: Es hat erstens der Erziehung der Massen zu einem „sozialistischen Bewußtsein“ zu dienen. Darin gleicht seine Aufgabe der Aufgabe von Schulwesen, „organisatorischer Massenarbeit“ und Kunstbetrieb. Es hat zweitens den jeweiligen Kurs der Poli-

tik der UdSSR und der sowjetdeutschen Partei- und Staatsführung allgemein und im einzelnen bekanntzumachen, zu rechtfertigen und zu popularisieren.

Dieser Funktion des öffentlichen Informationswesens entspricht seine Struktur. Die Informationsträger stehen nahezu ausschließlich im Eigentum kommunistisch beherrschter politischer Verbände und des Staates. Inhaltliche und formale Gestaltung des Informationswesens werden zentral dirigiert und auf verschiedenen Ebenen parteilich und geheimpolizeilich überwacht.

Der Lenkungs- und Kontrollapparat

Die Lenkungs- und parteipolitische Kontrollzentrale des öffentlichen Informationswesens der Sowjetzone ist die Abteilung AGITATION im Zentralkomitee der SED. Die Bezeichnung der Abteilungen entspricht nicht dem westlichen Sprachgebrauch. Die Aufgabe der Abteilung AGITATION im Zentralkomitee ist Planung, Lenkung und Kontrolle von Propaganda im Sinne des westlichen Sprachgebrauches; die Aufgabe der sog. Abteilung PROPAGANDA im Zentralkomitee ist die kommunistische Schulungsarbeit innerhalb der SED, des Staatsapparates, der Massenorganisationen und der Volkspolizei.

Die Lenkung und Kontrolle der hauptsächlichlichen Informationsträger — Presse, Rundfunk, Film — vollzieht sich in komplexer Weise. Eines der wichtigsten Lenkungsinstrumente ist das Zentralorgan der SED: „NEUES DEUTSCHLAND“.

Die Tageszeitung NEUES DEUTSCHLAND untersteht unmittelbar der Abteilung AGITATION. Die Zeitung ist allgemeines Vorbild für die SED-Publizistik, übt — falls erwünscht — öffentliche Kritik an dieser und dient als politischer Wegweiser für die nicht direkt der SED unterstellten Kommunikationsmittel. Diese Führungsaufgabe wurde dem Parteiorgan im Mai 1949 offiziell vom Vorsitzenden des Ministerrates, Otto Grotewohl, unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der I. SED-Parteikonferenz zugesprochen:

„Das NEUE DEUTSCHLAND hat die Aufgabe, in engster Verbindung mit dem Politbüro der Partei die Stimme der Parteiführung zu Gehör zu bringen.“

Der politische Kurs des NEUEN DEUTSCHLAND und damit nahezu der gesamten Sowjetzonenpublizistik wird täglich in einer Pressebesprechung in der Abteilung AGITATION festgelegt. Zumeist leitet der zuständige Zentralkomitee-Sekretär selbst die Besprechung. Es er-

halten in ihr neben den verantwortlichen Redakteuren des NEUEN DEUTSCHLAND auch die Redakteure des DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN RUNDFUNKS ihre Richtlinien sowie die Redakteure des SED-Pressedienstes und die Beauftragten des PRESSEAMTES BEIM MINISTERPRÄSIDENTEN. Letzteres (bis Januar 1953 „Amt für Information“ genannt) leitet die nicht direkt der SED unterstellte Presse an. Es stellt eine staatlich getarnte Außenstelle der Abteilung Agitation dar. Der damalige Zentralkomitee-Sekretär Fred Oelssner (heute Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Leiter der Kommission für Handel und Versorgung beim Ministerpräsidenten) bezeichnete als Aufgabe des Presseamtes

„... die Arbeit unserer demokratischen Presse einschließlich sämtlicher Außenredaktionen sowohl der SED-Presse als auch der Presse der anderen Parteien und der parteipolitisch nicht gebundenen Presse zu koordinieren, damit es kein Gegeneinander, sondern eine richtige Aufgaben- und Rollenverteilung entsprechend der Bedeutung der jeweiligen Einrichtung gibt.“

Diese Koordinierung vollzieht das Presseamt in Pressekonferenzen und durch die Veröffentlichung eines Pressedienstes (PD). Der frühere Leiter des Amtes, Albert Norden, (jetzt Fritz Beyling), erklärte zur Bedeutung des Pressedienstes:

„Er gibt besonders die täglichen Argumente sowohl im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus wie für die aktuellen Aufgaben in der DDR. Hierbei handelt es sich um wohlabgewogene, vorher besprochene Dinge, die für die Presse der SED ebenso maßgeblich sind wie für die Presse der übrigen Parteien und Massenorganisationen.“

Neben den bisher genannten Lenkungsmitteln — allgemeine Vorbildwirkung des Zentralorgans NEUES DEUTSCHLAND, tägliche Richt-

linienausgabe in der Abteilung AGITATION und im PRESSEAMT, Zirkulierung des parteilichen und des amtlichen Pressedienstes — ist als weiteres einschneidendes Lenkungsmittel die staatliche Monopol-Nachrichtenagentur ADN zu nennen. Presse und Rundfunk dürfen nur solche Auslandsnachrichten melden, die ADN ihnen übermittelt:

„Die Quelle außenpolitischer Informationen ist in der DDR der ADN . . . Während die Nachrichten, die ADN von TASS oder Nachrichtenagenturen der Volksdemokratien übernimmt, einwandfreie verlässliche Tatsachenmitteilungen sind, erfordert die Wiedergabe von Nachrichten aus westlichen Quellen eine kritische Prüfung, die von ADN vor ihrer Veröffentlichung vorgenommen wird.“

Die Lenkung von Presse und Rundfunk wird über die täglichen Anweisungen hinaus durch die Festlegung redaktioneller Vorhaben in sog. PERSPEKTIVPLÄNEN ergänzt. Die Ausarbeitung solcher Pläne ist für den Rundfunk und die direkt der SED unterstellte Presse obligatorisch. Die Pläne, die für jeweils einen Monat und ein Quartal vorzulegen sind, geben Aufschluß über die „Schwerpunktthemen“ im Planzeitraum. Der mit der Abteilung AGITATION gemeinsam erarbeitete PERSPEKTIVPLAN des NEUEN DEUTSCHLAND geht allen Redaktionen der direkt der SED unterstellten Presse als Modellplan zu. Diese Redaktionen

Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenwesen

Die Zahl der in der deutschen Sowjetzone herausgegebenen Tageszeitungen beträgt 39. Insgesamt werden in der Sowjetzone 560 Presseerzeugnisse sowjetzonalen Ursprungs vertrieben, darunter 2 in sorbischer Sprache. Der Vertrieb erfolgt durch die Deutsche Post. Diese gibt jährlich eine Postzeitungsliste heraus, in welcher die zum Bezug zugelassenen Presseerzeugnisse vermerkt sind. Die Liste enthält etwa 10 000 Titel. Vom Bezug ausgeschlossen sind insbesondere die Tageszeitungen der nichttotalitären westlichen Presse. Bezugsfähig sind:

- a) die Presseerzeugnisse der Sowjetzone,
- b) einige Fach- und Kirchenpublikationen aus Westberlin und Westdeutschland,
- c) Presseerzeugnisse der UdSSR, der Volksdemokratien und Rotchinas, die z. T. fremdsprachig, z. T. in deutscher Sprache publiziert sind,
- d) kommunistische oder kommunistisch gelenkte Presseerzeugnisse der westlichen Welt.

Von der Möglichkeit des Bezuges ausländischer kommunistischer Presseerzeugnisse wird privat kaum Gebrauch gemacht. Es handelt sich um insgesamt 16 Zeitungen und Zeitschriften, und zwar aus Frankreich 10, Italien 3, Österreich 2 und England 1. Bezugsbeschränkungen unterliegen hiervon besonders die „Lettres Francaises“, die „L'Humanité“ und der „Daily Worker“. Bei ihnen darf die Gesamtzahl der Abonnements in der Zone nicht erhöht werden, so daß neue Bezieher nur an die Stelle ausgeschiedener Bezieher treten können. Diese Regelung gilt auch für die unter b) genannten Publikationen.

Unter den Tageszeitungen sind zwei Gruppen zu unterscheiden. Die direkt der SED oder ihren Massenverbänden unterstellten Zeitungen und die der sog. bürgerlichen Parteien der Nationalen Front. Für den Charakter der Information und für die Meinungsbildung ist dieser Unterschied ohne substantielle Bedeutung. Die sog. bürgerlichen Zeitungen differieren von den SED-Zeitungen nicht in der propagandistischen Zielsetzung, sondern in der Form der Agitation, die in Jargon und Assoziationen der bürgerlichen Interessenlage und Gedankenwelt Rechnung tragen soll:

„Unsere Parteipresse muß den Schichten des Mittelstandes und den ehemaligen Angehörigen der NSDAP, Offizieren und Berufssoldaten, ihre Rolle und Aufgaben in unserem nationalen Befreiungskampf noch überzeugender darstellen.“

Diese Forderung ist im Protokoll der 13. Sitzung des Parteivorstandes der Nationaldemokratischen Partei (NDP) vom 19. Januar 1954 nieder-

gelegt. Sie beleuchtet die Rolle der sog. bürgerlichen Parteien, als kontrollierbares Auffangbecken der nicht unter kommunistischen Vorzeichen organisierbaren politischen Kräfte zu dienen. Auch für die Presse der Sowjetzonen-CDU liegen Grundsatzserklärungen vor:

„Der Sozialismus kann nur errichtet werden auf dem vom Marxismus-Leninismus gewiesenen Wege. Daraus ergibt sich für uns Unionsfreunde auf dem Gebiet der Presse die Folgerung, daß das, was die zuständigen Organe der SED sagen und fordern, welche Wege sie weisen, welche Kritik sie üben und welche vordringlichen Schwerpunktaufgaben sie stellen, von uns besonders gründlich beachtet werden muß.“

(Erklärung des Hauptreferenten für Kulturpolitik im CDU-Vorstand, Walter Bredendiek, in Weimar am 30. März 1953.)

Im Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes Cottbus der LDP vom 15. April 1954 findet sich folgende Niederschrift:

„Wenn ich unsere Mitglieder auffordere, unsere Presse zu lesen, wird immer wieder erklärt, daß unsere Zeitungen dasselbe bringen wie die SED.“

In der Anfangsperiode der Sowjetisierung überstieg die Auflage der sog. bürgerlichen Presse bei weitem die der SED-Blätter. Das Zahlenverhältnis hat sich ins Gegenteil verkehrt. Die Auflagezahlen der SED-Presse gelten als „geheime Parteisache“. Die Gesamtauflage der SED-Tagespresse wird auf 1,75 bis 2 Millionen Exemplare geschätzt. Die Gesamtauflage der Ost-CDU-Presse wird mit 177 000 Exemplaren angegeben, die der LDP mit 193 000, der NDP mit 156 000.

Zur Verdrängung der sog. bürgerlichen Presse, die mit zunehmender Gleichschaltung und primitiver Ausstattung ohnehin vermindertes Leserinteresse beansprucht, stehen zahlreiche Mittel zur Verfügung. So vor allem willkürliche Kürzung der Zuteilung des planwirtschaftlich zugewiesenen rationierten Zeitungspapiers. Da solche Kürzungen häufig erfolgen, differiert die Seitenzahl der sog. bürgerlichen Blätter von Monat zu Monat. Eine weitere Behinderungstechnik ist der zu wirtschaftlicher Vernichtung führende Boykott der Druckereien der sog. bürgerlichen Zeitungen durch andere Verlage oder aber die Überbeanspruchung der Druckereien durch andere Aufträge, so daß die Druckereikapazität überschritten wird und zum Druck der Zeitung nicht mehr ausreicht. Infolge solcher Behinderungen mußte eine Reihe sog. bürgerlicher Zeitungen das Erscheinen einstellen bzw. das Verbreitungsgebiet verkleinern.

Den Möglichkeiten zur Behinderung der sog. bürgerlichen Presse steht ein wirksames Verfahren zur Förderung des Absatzes der SED-Presse gegenüber.

„Zum Unterschied gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und in der Weimarer Republik besteht für die Partei heute keine technische Schwierigkeit mehr, die Zeitungen an die Masse heranzuführen.“

(Präsident Wilhelm Pieck am 7. Februar 1952.)

Nach der Verordnung des Ministerrats vom 22. Juni 1955 ist „der Vertrieb aller periodisch erscheinenden und in der DDR lizenzierten oder aus Westdeutschland oder aus dem Ausland eingeführten Presseerzeugnisse die alleinige Aufgabe der Deutschen Post“ der Sowjetzone. Über Ausnahmen entscheidet das Ministerium für Post und Fernmeldewesen im Einvernehmen mit dem Presseamt beim Ministerpräsidenten. Sonst darf ein Presseerzeugnis in der Zone nur vertrieben werden, wenn es in der Postzeitungsliste der Zonenpost aufgeführt ist.

(In diesem Zusammenhang ist ein Urteil interessant, das ein Ostberliner Gericht Ende 1955 fällte. Ein Mann hatte regelmäßig Zeitschriften und Zeitungen aus Westberlin für die Bewohner seines Hauses nach Ostberlin gebracht. Der Mann wurde verurteilt, die Hausbewohner freigesprochen. Verboten ist also nur der Vertrieb westlicher Presseerzeugnisse, nicht die Lektüre.)

Da die PZV (Post-Zeitungsvertriebsstellen der Deutschen Post) den Zeitungsvertrieb wahrnehmen und auch die Kioske beliefern, ist es leicht feststellbar, welche Zeitungen der einzelne Bürger der Sowjetzone bezieht. Insbesondere kontrolliert die SED, wer ihre Zeitungen abbestellt. Über die dabei eingeschlagene Methode gibt das Rundschreiben 8/53 der Vertriebsabteilung des NEUEN DEUTSCHLAND Auskunft:

„Wir haben das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen ersucht, die PVZ anzuweisen, die Stammkarten der zurückgetretenen Bezieher an das zuständige Kreispostamt einzusenden, damit sie von euch dort empfangen werden können. Der weitere Weg zur Kreisleitung und Bearbeitung der zurückgetretenen Bezieher ist euch ja hinreichend bekannt.“

Während diese terroristische Aufrechterhaltung der Abonnements den status quo sichert, dienen periodische Werbeaktionen der Gewinnung neuer Abonnenten. Einzelpersonen, Parteigruppen, Betriebe, Volkspolizeiverbände, Konsumgenossenschaften, HO-Verkaufsstellen, Schulen, Gerichte, Sport- und sonstige Organisationen verpflichten sich zur Werbung einer bestimmten Bezieherzahl. Wird das dabei gesteckte Soll nicht erreicht, übernimmt in zahlreichen Fällen der Betrieb, die Gruppe usw. die Kosten für imaginäre Abonnenten und meldet der Partei die Erfüllung des Solls. Infolge der terroristischen Aufrechterhaltung der Abonnements und der beschriebenen Werbemethode läßt die Auflage der SED-Presse keine verlässlichen Rückschlüsse auf die tatsächliche Leserzahl zu.

Die Verdrängung der sog. bürgerlichen Presse zu Gunsten der direkt der SED unterstellten Presse darf nicht ausschließlich als propagandistischer Akzentwechsel der Abteilung AGITATION gewertet werden. Sie dürfte wesentlich mit den finanziellen Bedürfnissen der SED zusammenhängen, die ihren Apparat zum Teil aus den erheblichen Überschüssen ihrer Presse finanziert. Diese ist betrieblich zusammengefaßt im größten Pressekonzern Deutschlands, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ZENTRAG.

Die ZENTRAG besteht seit dem 29. Oktober 1945 als sog. VOB (Vereinigung organisationseigener Betriebe). Laut Handelsregister Berlin — 62/64 HRB 4010 / — ist dieses Wirtschaftsunternehmen des Zentralkomitees der SED

„Zentrale Druckerei, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens ist die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Betriebe der SED, insbesondere der Druckereien, der Verlage und ähnlicher Betriebe zum Zwecke gemeinschaftlicher Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen sowie der Betriebsmittel, die gemeinsame Überwachung aller Betriebe durch fachmännische Revisoren, Beschaffung der erforderlichen Mittel zum weiteren Aufbau der Betriebe sowie Beteiligung an solchen Betrieben und Gesellschaften, die der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der zusammengeschlossenen Betriebe zu dienen geeignet sind.“

Als Hauptgesellschafter der mit 300 000 Mark Stammkapital ausgestatteten ZENTRAG m. b. H. firmieren Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Außer sämtlichen parteieigenen Verlagsunternehmungen sind in der ZENTRAG zusammengeschlossen etwa 90 Druckereien, die beiden größten Papierfabriken der Sowjetzone Wildenfels und Grünhainichen, die Plauener Maschinen-AG Plauen, die Buchhandlungen des sog. volkseigenen Buchhandels und der Progreß Filmvertrieb. Unter Kontrolle und Einflußnahme der ZENTRAG stehen ferner die DEUTSCHE BUCH EX-UND IMPORT GMBH, Leipzig, die das Monopol für die Ein- und Ausfuhr von Büchern und Zeitschriften innehat, sowie die LEIPZIGER KOMMISSIONSGESELLSCHAFT LKG, die das Monopol für die Auslieferung der Verlagserzeugnisse an den Buchhandel besitzt. Ferner ist der ZENTRAG angeschlossen die DEUTSCHE WERBE- UND ANZEIGENGESSELLSCHAFT DEWAG, die als parteieigene Reklame und Annoncenexpedition das Werbemonopol innehat. Eng verflochten mit der Zentrag ist außerdem der Parteiverlag der SED JHW. DIETZ NACHE. GmbH., der ideologisch der Abteilung PROPAGANDA im Zentralkomitee der SED untersteht und die kommunistischen Klassiker sowie die Reden, Aufsätze und Schriften der Parteiführer, die Parteibeschlüsse (DOKUMENTE DER SED) und sonstiges Schulungsmaterial in Millionenaufgaben verlegt.

Der Wirtschaftsplan des Pressekonzerns ZENTRAG, in dem etwa 35 000 Personen tätig sind, wird unabhängig von der Staatlichen Plankommission durch das Zentralkomitee der SED korrigiert und genehmigt. Vor der jährlichen Bilanzierung werden bis zu 35 % des Umsatzes der ZENTRAG-Betriebe abgesetzt und an das Zentralkomitee der SED abgeführt. 1953 erhielt das SED-Zentralkomitee rund 50 Millionen Mark aus den ZENTRAG-Betrieben. Diese Abgaben werden vom SED-Zentralkomitee nicht versteuert. Auf die Bilanzen der ZENTRAG-Betriebe wirken sie sich in der Weise aus, daß die Betriebe ohne Gewinn oder sogar mit Verlust zu arbeiten scheinen, so daß eine steuerliche Belastung für die tatsächlich erzielten Überschüsse entfällt.

Die SED sichert sich also nicht nur durch monopolistische und terroristische Mittel den Absatz ihrer unpopulären Presseerzeugnisse; sie entzieht zugleich die Profite ihres partei-kapitalistischen Pressekonzerns der Besteuerung und verwendet sie zur Finanzierung der Parteiarbeit. Dieses Organisationsprinzip ist in vermindertem Umfang auch den sog. bürgerlichen Parteien zur Finanzierung ihrer Parteitätigkeit zugestanden worden. So existieren eine V.O.B.-Union als betrieblicher Zusammenschluß der CDU-Presseverlage und Druckereien, die V.O.B.-AUFWÄRTS als Zusammenschluß von 5 LPD-Zeitungen und 3 LPD-eigenen sowie 6 „volkseigenen“ Druckereien, und die V.O.B.-NATIONAL der Nationaldemokratischen Partei mit 6 Zeitungen und 4 Druckereien.

Die geschilderten Bedingungen der Pressearbeit in der deutschen Sowjetzone — zentrale detaillierte Lenkung der redaktionellen Arbeit auf der Basis einer alle Lebensbereiche umfassenden Ideologie und politischen Planung, parteiliche und geheimpolizeiliche Kontrolle der Redaktionen, weigehender Verzicht auf Berücksichtigung des Leserinteresses im Vertrauen auf monopolistisch-terroristische Absatzpraktiken — machen es zur Selbstverständlichkeit, daß ein westlichen Verhältnissen vergleichbarer Journalismus nicht existiert. Der Journalist des neuen Typus ist exekutiv arbeitender Parteifunktionär. Er muß fügsamer, unintellektueller Bürokrat sein. Solche journalistischen Eigenschaften wie Weltoffenheit, geistige Wendigkeit und Oppositionsbereitschaft sind der SED-Führung in besonderem Maße verdächtig. Sie beschloß daher schon in den ersten Jahren der Machtausübung die Ersetzung der Journalisten alten Stils durch neue Journalisten k a d e r. Bereits im Februar 1947 erklärte Wilhelm Pieck:

„Wohl auf keinem Gebiet macht sich der Mangel an geeigneten Funktionären so bemerkbar wie in unserer Redaktionsarbeit.“

In der Folgezeit häuften sich die Forderungen, „die Kader unserer Journalisten von partei- und klassenfremden Elementen zu reinigen“. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die Presse gemäß Lenin kollektiver Organisator zu sein habe und die Annahme einer objektiven Informationspflicht reaktionär sei:

„Ein Kollege meinte, er habe als Berichterstatter nur Tatsachen und die reine Wahrheit zu berichten. Er mußte sich darüber belehren lassen, daß jeder Journalist heute als Former der öffentlichen Meinung einen bedeutenden Anteil an der Erreichung unserer Ziele haben muß.“

(NEUE DEUTSCHE PRESSE, Organ des sowjetzonalen Presseverbandes, April 50.)

Gleichzeitig mit der immer stärker werdenden Ausschaltung der journalistischen Fachkräfte beschloß der VERBAND DER DEUTSCHEN PRESSE (VDP) am 27. 3. 1950 Grundsätze und Richtlinien für den Journalistenberuf. Der Beschluß forderte, daß sich künftig die Redakteure der Sowjetzone aus dem Arbeiter- und Bauernstand rekrutieren sollten. Eine FAKULTÄT FÜR JOURNALISTIK wurde an der Karl-Marx-Universität Leipzig eingerichtet, um sog. Arbeiter- und Bauernstudenten zu Journalisten heranzubilden und den Funktionärsjournalisten Zusatzkurse zur Hebung ihres Bildungsniveaus zu vermitteln. Der Besuch der FAKULTÄT FÜR JOURNALISTIK ist obligatorisch für jeden Journalisten der Sowjetzone (Direktive des Zentralkomitees der SED vom 20. 10. 53). Erst die Ablegung einer Prüfung an diesem Institut berechtigt, gemäß einem Beschluß des VDP, zur Inanspruchnahme des Titels „Redakteur“ und der entsprechenden Gehaltseinstufung. „Redaktionsassistenten“ werden vom VDP selbst geprüft. Am 10. 2. 1950 erklärte Hermann Axen, damals verantwortlicher Zentralkomitee-Sekretär für AGITATION:

„Es ist in höchstem Maße ungenügend, wenn 50 % aller Redakteure noch keinerlei Parteischule besucht haben.“

Diesem Mangel ist durch die Einrichtung des FAKULTÄT FÜR JOURNALISTIK weitgehend abgeholfen. Dennoch bleibt die eintönige plumpe Niveaulosigkeit der SED-Presse ein andauerndes Problem der Partei:

„Der Hauptmangel unserer Zeitungen ist immer noch das Niveau . . . Wenn wir den Ursachen der Schwächen unserer Pressearbeit nachforschen, dann stoßen wir vor allem auf die mangelhafte Schulung unserer Redakteure.“

(Fred Oelssner auf dem IV. Parteitag der SED am 2. 4. 54.)

Infolge der Verdrängung des Journalismus alten Stils sind zahlreiche Journalisten aus der Sowjetzone nach Westberlin und in die Bundesrepublik geflohen. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1955 flüchteten 50 Redakteure. Eine wesentliche Rolle bei der Einführung des Journalismus neuen Stils spielen die VOLKSKORRESPONDENTEN. Ihre Aufgabe wurde am 10. 2. 50 von dem Mitarbeiter des Referates PRESSE UND RUNDfunk in der Abteilung AGITATION des SED-Zentralkomitees, Robert Korb, folgendermaßen umrissen:

„Die Volkskorrespondenten sind unsere Augen und Ohren. Sie vermitteln uns, was die Volksmassen fühlen und wünschen und sie vermitteln gleichzeitig den Massen Zweck und Ziel der Partei- und Regierungspolitik. Volkskorrespondenten sind die Vertreter der öffentlichen Meinung der Werktätigen, zur Entfaltung der Kritik und Selbstkritik unentbehrlich. Sie sind die unerbittlichen Kritiker des Alten und Schlechten, der Volksfeinde, der Träger des reaktionären Übels . . . Sie sind die Erwecker der patriotischen Masseninitiative für demokratischen Aufbau und Planerfüllung . . . sie sind eines der wichtigsten Mittel der Erziehung und Heranziehung der Volksmassen zur aktiven Mitarbeit und Durchsetzung der Partei- und Regierungspolitik mit Hilfe der Parteipresse.“

Volkskorrespondenten sind regelmäßige Verfasser kommunistischer Leserzuschriften. Ihre Berichte betreffen meist den lokalen Teil. Sie dienen als Spitzel in den Betrieben, Organisationsgruppen, auf dem Lande und in den Ausbildungs- und Erziehungsstätten. Manche, aus den Schulen berichtende Volkskorrespondenten sind erst zehn oder elf Jahre alt. Die Volkskorrespondenten werden nach Zeilenhonorar bezahlt, das sie zusätzlich zu ihrem Einkommen als — in der Regel — Arbeiter und Angestellte erhalten. Das NEUE DEUTSCHLAND hat etwa 1000 Volkskorrespondenten, die FREIHEIT, Halle, etwa 1700, die MÄR-

KISCHE VOLKSSTIMME und die VOLKSSTIMME, Magdeburg, je 1500. Die anderen Blätter haben durchschnittlich etwa 200 bis 500 Volkskorrespondenten. Ihre Spitzeltätigkeit macht die sog. Volkskorrespondenten bei der Bevölkerung verhaßt. 1950 sah sich der damalige Leiter des AMTES FÜR INFORMATION, Albert Norden, zur Abgabe folgender Presseerklärung veranlaßt:

„Fälle, wo Volkskorrespondenten wegen ihrer Berichte drangsalieren wurden, gehören in den Arbeitsbereich des Ministeriums für Staatssicherheit.“

Der allgemeine Haß, der den Volkskorrespondenten entgegengebracht wird, erhält zusätzliche Nahrung durch Berichte wie diesen aus NEUER WEG, Nr. 4, 1949:

„Es gibt Beispiele, wo durch die Aufmerksamkeit unserer Volkskorrespondenten mancher Saboteur und Feind unserer demokratischen Ordnung entlarvt und ihm das Handwerk gelegt werden konnte . . . der Leiter der Landeskontrollkommission Brandenburg erklärte, daß die Untersuchungen der Kontrollkommission in den meisten Fällen auf Anregungen der Volkskorrespondenten durchgeführt wurden.“

Die sogenannte Volkskorrespondenten-Bewegung soll zu einem Hauptträger des Journalismus neuen Typs werden. Erzeugnisse des Journalismus neuen Typs sind auch die sogenannten Betriebs- und Dorfzeitungen. Sie erscheinen wöchentlich mit einer Gesamtauflage von etwa 1,3 Millionen Exemplaren. Betriebszeitungen existieren in 397 volkseigenen Betrieben mit einer Gesamtauflage von 754 150 Exemplaren. Die politische Verantwortung für die Betriebszeitung trägt jeweils die Leitung der Betriebsgruppe der SED. Nach einem Beschluß des Zentralkomitees der SED hat die Leitung der Betriebsparteiorganisation

„. . . das Redaktionskollektiv anzuleiten und dafür Sorge zu tragen, daß die Redaktionspläne nach den aufgezeigten Richtlinien ausgearbeitet werden . . . In der Parteileitung wird jeweils die Linie der in der kommenden Woche erscheinenden Betriebszeitung besprochen und beschlossen . . .

die Kreisleitungen tragen dafür Sorge, daß ihre Instrukteure den Betriebsparteiorganisationen helfen, die Betriebszeitungen anzuleiten und zu kontrollieren.“

Hinsichtlich der Leitung der Betriebszeitungs-Redaktionen verordnet ein SED-Zentralkomitee-Beschluß vom Januar 1952:

„Zur Leitung der Betriebszeitungsarbeit wird ein Redaktionskollektiv gebildet, das von einem angestellten Redakteur geleitet wird, der Mitglied der Betriebsagitationskommission ist . . . Von den Landesleitungen der SED werden die Betriebszeitungsredakteure aller wichtigen Betriebe kaderpolitisch erfaßt. Der Einsatz von Redakteuren bedarf der Zustimmung der Landes- bzw. der Kreisleitung der Partei.“

Für 15 Großbetriebe hat sich die Abteilung AGITATION im Zentralkomitee der SED die zentrale Anleitung der Betriebszeitungen selbst vorbehalten. Außerdem verfügen 887 volkseigene Betriebe über Betriebsfunkanlagen, die täglich ein Programm von unterschiedlicher Länge innerhalb der Betriebsanlagen aussenden. Hinzu kommen die Dorfzeitungen für die bäuerliche Bevölkerung. Die Publizierung der Dorfzeitungen geht auf einen Beschluß des SED-Zentralkomitees vom 14. 10. 1953 zurück. Herausgeber der Dorfzeitungen sind die Polit-Abteilungen der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS). Dorfzeitungen erscheinen in über 546 MTS-Bereichen mit einer Gesamtauflage von 559 800 Exemplaren. Über ihre Bedeutung schreibt NEUER WEG, Nr. 14, Juli 1954:

„Die Dorfzeitungen helfen der Partei bei der Organisation ihrer politischen Massenarbeit. Sie sollen mithelfen, daß jede Bäuerin, jeder Bauer, jeder Traktorist, die ganze Bevölkerung im MTS-Bereich auch über die ungeheuerlichen Kriegsvorbereitungen der USA-Interventen informiert werden . . . Besonders notwendig ist es, daß die Kreisleitungen mit den Redaktionskollektiven der Dorfzeitungen regelmäßig beraten, wie die einzelnen Probleme und Aufgaben, die Fragen der Ernteeinbringung und andere landwirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Wahlen und anderen politischen Aufgaben in den Dorfzeitungen behandelt werden können.“

Die Betriebs- und Dorfzeitungen haben jedoch bisher nicht den von der SED gewünschten ideologischen Mindeststandard erreicht. Ein Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED vom 12. 10. 1955 machte daher den Besuch der FAKULTÄT FÜR JOURNALISTIK an der Leipziger Universität auch für die Redakteure dieser Zeitungen obligatorisch. Außerdem werden nach diesem Beschluß die Redakteure der Betriebs- und Dorfzeitungen ab 1. 1. 1956 wöchentlich eine ganztägige Schulung unterworfen. Die Leitung dieser Schulungskurse wird aus Chefredakteuren der SED-Zeitungen des zuständigen Bezirks sowie aus Vertretern der Bezirksleitungen der SED bestehen. Die Leitungen müssen jedes Vierteljahr einen durch Beschlußfassung bestätigten Bericht über jeden Schulungsteilnehmer an die nächsthöhere SED-Instanz erstatten. Außerdem sollen das Neue Deutschland und andere Bezirkszeitungen der SED in ihren Seiten jeden Monat eine Betriebs- oder Dorfzeitung „kritisch einschätzen“.

Anfang 1956 begann in der Zone die Verwirklichung der „jahrelangen Forderung der Werktätigen“ nach eigenen Blättern für die sogenannten „Hausgemeinschaften“. Das erste Produkt dieser Art ist die „Oranienburger-Tor-Lupe“, eine kleine primitive Zeitung der Häuser Friedrichstraße 120–129 in Ostberlin. Die Häuserzeitungen werden kostenlos verteilt. Die Finanzierung erfolgt durch Haussammlungen, unterstützt vom örtlichen Parteisekretariat der SED.

Die vorausgegangenen Darlegungen erweisen, daß eine wesentliche Differenzierung zwischen den Pressepublikationen der Sowjetzone Deutschlands nicht besteht. Zentral gelenkt und vielfältig kontrolliert bleibt die grundsätzliche und aktuelle politische und ideologische Ausrichtung der sowjetzonalen Presserzeugnisse die Gleiche. Unterschiede ergeben sich nur aus den formalen Mitteln, die zur Kontaktnahme mit den verschiedenen Bevölkerungsschichten und Bildungsniveaus für erforderlich gehalten werden.

Die Bedeutung des staatlichen Nachrichtendienstes ADN für die zentrale Lenkung der Sowjetzonenpresse ist bereits im Zusammenhang mit der durch ADN vorgenommenen Filterung jeglicher Auslandsnachrichten erwähnt worden. ADN ist jedoch nicht nur die Monopolagentur für Auslandsnachrichten; ADN ist zugleich hauptsächliche Quelle der Zonenpresse für Auslandsfeature-Material sowie für Gedenkartikel zu nationalen und internationalen kommunistischen Feiertagen. Außerdem ist ADN für den Bereich der Sowjetzone Übermittler der sowjetischen und volksdemokratischen Artikeldienste, über deren Placierung ADN monatlich nach Moskau Bericht zu erstatten hat. Seit April 1953 ist ADN mit der Verfertigung eines DDR-Artikeldienstes betraut, der durch das Außenministerium der DDR im kommunistischen Ausland vertrieben wird. ADN arbeitet mit einem festangelegten Stab von etwa 800 Personen; der Mitarbeiterverschleiß in den politischen Vertrauenspositionen ist außerordentlich hoch. Allein in den Jahren 1948–1953 sind 42 ADN-Redakteure verhaftet worden bzw. nach Westberlin geflüchtet.

Intern ist ADN in folgende Abteilungen aufgegliedert:

Hauptabteilung AUSLAND	mit Abt. A.: Kapitalistisches Ausland
	Abt. B.: Sowjet-Union und Volksdemokratien

Hauptabteilung DEUTSCHLAND mit Abt. A.: DDR

Abt. B.: Gesamtdeutsche Fragen

Berliner Redaktion
Abteilung Information
Artikeldienst
Russische Redaktion
Sende-Redaktion
Übersetzungsdienst
Aufnahme und Übersetzung
Geschäftsabteilung.

Über die Rechtsnatur von ADN gibt die „Verordnung über die Umbildung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“ vom 2. 4. 1953 Auskunft:

„Im verstärkten Kampf des deutschen Volkes um die Verteidigung des Friedens, der Einheit unseres Vaterlandes und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages sowie beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik kommt der Nachrichtengebung und Berichterstattung für die Presse und den Rundfunk eine erhöhte Bedeutung zu.

Um den erhöhten Anforderungen in der Nachrichtengebung gerecht zu werden, haben wir deshalb folgendes verordnet:

§ 1

Mit Wirkung vom 1. Mai 1953 wird der ADN als staatliche Institution mit dem Sitz in Berlin gegründet.

§ 2

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „ADN“ wird mit Wirkung vom 30. April 1953 aufgelöst.

Das Vermögen der GmbH wird ohne Liquidation als Eigentum des Volkes auf die staatliche Institution ADN übertragen.

§ 3

Der Haushalt des ADN wird im Staatshaushalt der DDR gesondert geführt.

Der ADN ist ein eigener Plan- und Investitionsträger für alle seine Objekte.

In Bezug auf die Materialversorgung und -beschaffung untersteht der ADN der Regierungskanzlei.

§ 4

Der ADN unterliegt dem Weisungsrecht des Ministerpräsidenten, das durch das Presseamt beim Ministerpräsidenten ausgeübt wird.

§ 6

Die Leitung des ADN besteht aus dem Direktor und drei gleichberechtigten Stellvertretern.

Der Direktor wird auf Beschluß des Ministerrates vom Ministerpräsidenten berufen. Er benennt seine Stellvertreter.

§ 10

Zur Nachwuchsentwicklung auf journalistischem Gebiet untersteht der Leitung des ADN die ADN-Nachwuchsschule.“

(Gesetzblatt der DDR Nr. 46/1953, S. 521)

Rundfunk und Fernsehen

Wie im Falle der Presse entspricht auch die Struktur von Rundfunk und Fernsehen der deutschen Sowjetzone der speziellen Funktion des sowjetdeutschen Informationswesens. Zentrale Lenkungs- und parteiliche Kontrollinstanz ist die Abteilung AGITATION im Zentralkomitee der SED; formal sind Rundfunk und Fernsehen, da sie nicht institutionell als Kommunikationsorgane der SED in Erscheinung treten sollen, wie der Nachrichtendienst ADN als publizistische Staatsbetriebe dem PSESSEAMT BEIM MINISTERPRÄSIDENTEN unterstellt. Rechtsträger der gesamten Programm-, Studio- und Sendeorganisation des Hör- und Sehfunks ist das sogenannte STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE, das von einem zwölfköpfigen Gremium geleitet wird, in dem der Moskau-Emigrant Kurt Heiss den Vorsitz führt.

Die vom Rundfunk der Deutschen Demokratischen Republik täglich gesendeten drei Hörfunkprogramme mit einer Sendedauer von 63 Stunden werden ausgestrahlt von 14 Mittelwellensendern, 10 Ultrakurzwellessendern, 3 Kurzwellensendern und 1 Langwellensender. An der Programmgestaltung sind neben dem Berliner Funkhaus 15 Bezirksstudios, an ihrer Spitze das Studio Leipzig, mit 20–140-minütigen lokalen Programmbeiträgen beteiligt.

Der dem STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEE gleichfalls angegliederte Ende 1952 begonnene Sehfunk entwickelt sich planwidrig langsam und befindet sich noch im Versuchsstadium; er hat nur minimale Bedeutung.

Als Eigentümer von Rundfunkempfängern waren am 1. 1. 1955 4 Millionen Einwohner der DDR registriert. Als Hörergebühr werden monatlich 2,05 Mark pro Empfängergerät erhoben (0,05 Mark für einen sogenannten Kulturfond).

Die gegenwärtige zentralistische Struktur des Sowjetzonenrundfunks — drei vom STAATLICHEN RUNDFUNKSKOMITEE dirigierte und auf 28 Wellenlängen ausgestrahlte Programme — ist das Ergebnis einer nach der II. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 (Proklamation des „Aufbau des Sozialismus“) vorgenommenen sachlichen und personellen Konzentration. Sie wurden begünstigt dadurch, daß der Rundfunk in Deutschland seit seiner Gründung nur durch wenige, in ihrem Sendebereich der föderalistischen Staatsgliederung Rechnung tragende Stationen mit de facto öffentlich-rechtlichem Status betrieben wurde. Als erste dieser bereits während des Nationalsozialismus einheitlich als Propagandainstrumente ausgerichteten Stationen nahm in der sowjetischen Okkupationszone im Mai 1945 *Radio Berlin* mit einem sowjetisch kontrollierten Kurzprogramm den durch die Kriegshandlungen unterbrochenen Sendebetrieb wieder auf. Es folgte am 1. September 1945 der Sender Leipzig, der aus technischen Gründen das Berliner Programm übernahm. Am 7. Dezember 1945 nahm der Landessender Dresden die Sendetätigkeit auf. Damit war die Basis für den Sendeblock *Mitteldeutscher Rundfunk* gegeben, der im Juni 1946 mit dem Sender Leipzig und den Landessendern Dresden und Weimar ein eigenes Programm auszustrahlen begann. Hinzu kam im Dezember 1946 der Landessender Halle. Im Norden der Sowjetzone wurde der Landessender Schwerin in Betrieb genommen; 1948 nahm der von Berlin ausgeleitete *Deutschlandsender* mit Richtstrahler nach Westdeutschland die Sendetätigkeit auf. Vor der Neuorganisation im Sommer 1952 setzte sich der Sowjetzonenrundfunk aus folgenden Stationen zusammen:

Deutschlandsender (Berlin)
Radio Berlin („Berliner Rundfunk“)
Landessender Schwerin
Landessender Potsdam
Mitteldeutscher Rundfunk
Sender Leipzig,
Landessender Dresden,
Landessender Halle,
Landessender Weimar.

Den Stationen waren angeschlossen lokale Funkstudios in Cottbus, Rostock, Chemnitz (jetzt „Karl-Marx-Stadt“) und Erfurt, sowie die Funkschule Berlin-Grünau.

Am 11. 9. 1955 erfolgte die Umstellung auf:

1. Deutschlandsender (Langwelle)
2. Berliner Rundfunk (bisher Berlin I)
3. Radio DDR (bisher Berlin II). Dieser Abteilung sind die Bezirksstudios unterstellt.

Technische Änderungen:

Seit 5. 7. 1955 neue Wellen:

Deutschlandsender: 1621,6 m 185 kHz / 383,6 m 782 kHz / 340,5 m 881 kHz / KW: 49,06 m und 41,96 m

Berliner Rundfunk: 521,7 m 575 kHz / 498,0 m 602 kHz / 491 m 661 kHz / 328,9 m 912 kHz

Radio DDR: 567,1 m 529 kHz / 538,6 m 557 kHz / 457,3 m 656 kHz / 436 m 688 kHz / 412,1 m 728 kHz / 349,6 m 858 kHz / 287,6 m 1043 kHz / 278,1 m 1097 kHz / 250,8 m 1196 kHz / KW: 30,83 m

An die Spitze dieses gesamten Apparates wurde ein Generalintendant gestellt. Zum ersten Generalintendant des Sowjetzonenrundfunks wurde der in der Sowjet-Union geschulte Hans Mahle berufen. Er schied im Juli 1951 „auf eigenen Wunsch“ aus. Die Abteilung AGITATION im Zentralkomitee der SED warf ihm Unterschätzung der Parteilinie im Rundfunk vor sowie mangelnde Hervorhebung der Rolle der Sowjet-Union. Das AMT FÜR INFORMATION ernannte zum Nachfolger Mahles Kurt Heiss, der 1949 Nachfolger Heinz Schmidts als Intendant des Deutschlandsenders und Radio Berlins geworden war.

Die Existenz mehrerer, unter der Generalintendantur vereinter Stationen konnte nicht als Instrumentarium pluralistischer Meinungsbildung genutzt werden. Detaillierte Direktiven, die Verpflichtung zur vorbehaltlosen Übernahme der ADN-Meldungen und der Verlautbarungen des AMTES FÜR INFORMATION, sowie ein komplexer Kontrollmechanismus — ähnlich dem in den Zeitungsredaktionen ausgebauten — garantierten eine einheitliche aktuelle politische und kulturpolitische Linie der einzelnen Sender. Die generelle langfristige Politik und Programmgestaltung der einzelnen Stationen wurde durch den zwischen der Abteilung AGITATION, dem AMT FÜR INFORMATION, der SOWJETISCHEN KONTROLLKOMMISSION und der Generalintendantur abgestimmten *Perspektivplan* festgelegt, der den Intendanten halbjährlich von der Generalintendantur zugestellt wurde. Angesichts dieser Abhängigkeit der einzelnen Stationen in ihrer politischen Ausrichtung und Programmgestaltung war die zentralistische Umorganisation des Sowjetzonenrundfunks vorwiegend eine Angelegenheit administrativer Vereinfachung. Sie bot zugleich Gelegenheit zur Massenentlassung der politisch unerwünschten Mitarbeiter.

Die Umorganisation wurde durch Ministerratsbeschuß vom 14. 8. 1952 geregelt; der bisherige Generalintendant und nunmehrige Vorsitzende des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES, Kurt Heiss, erklärte dazu am 16. 9. 1952 im Parteiorgan Neues Deutschland:

„Den Bitten der Rundfunkmitarbeiter wurde stattgegeben und der Ministerrat befaßte sich mit der Arbeit des deutschen Demokratischen Rundfunks. Das Ergebnis war die Annahme der Verordnung über die Bildung des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR. Auf Grund dieses Beschlusses wird die Rundfunkarbeit unserer Republik in Berlin zentralisiert und einer einheitlichen Leitung unterstellt. Diese ist für die Planung der drei Programme verantwortlich.“

Rudolf Pfuetzner¹⁾ Mitglied des Leitungsgremiums des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES, kommentierte den Sinn des Ministerratsbeschlusses wie folgt:

„Es kam zunächst darauf an, einige strukturelle Mängel im System des demokratischen Rundfunks zu beseitigen und an Stelle der bisherigen Zersplitterung in der Programmtätigkeit eine Konzentration der besten Kräfte in Berlin durchzuführen.“

(NEUES DEUTSCHLAND, 16. 9. 1952)

Zuverlässige Angaben über die Zahl der Mitarbeiter, die dieser als Konzentration der besten Kräfte bezeichneten „Säuberung“ zum Opfer fielen, liegen nicht vor. Nach einer Meldung der westdeutschen Frankfurter Rundschau vom 25. 9. 1952 wurden nur 10% des Personals der aufgelösten Provinzsender übernommen; der Berliner Anzeiger (Westberlin) meldet am 12. 9. 1952, es würden rund 3000 Mitarbeiter der bisherigen Landessender entlassen und lediglich 400 ausgewählte Kräfte weiterverwendet.

Insbesondere in Berlin war es schon zuvor, nachdem Heiss 1949 — etwa gleichzeitig mit der Aufhebung der direkten Sowjetzensur im Sowjetzonenrundfunk — die Nachfolge von Heinz Schmidt auf den Posten des Berliner Intendanten angetreten hatte, zu umfangreichen „Säuberungen“ und freiwilligen Kündigungen gekommen. Die Entlassungen und Rücktritte erstreckten sich nicht nur auf führende politische Mitarbeiter. Zum Beispiel wurde wegen „Amerikanisierung“ der Leiter der Musikabteilung, Harry Goldschmidt, entlassen. Vorwürfe, „Amerikanismus“ zu treiben und „Kaugummimusik“ zu machen, veranlaßten bald darauf sämtliche Mitglieder des Tanzorchesters von Radio Berlin zur Kündigung, die sie damit begründeten, daß sie nicht gewillt sind, sich von der Pflege internationaler Tanzmusik abbringen zu lassen²⁾. Zwei Monate zuvor, im Februar 1950, hatte der Chefdirigent des Rundfunk-Symphonieorchesters, Arthur Rotcher, seinen Rücktritt erklärt, nachdem

1) Ehemaliger Intendant des Senders Leipzig, nach Absolvierung eines Parteihochschulkurses Heiss' Nachfolger als Intendant des Berliner Rundfunk und Deutschlandsender.

2) Der Protest hatte keine Rückwirkung auf die Rundfunkpolitik; zehn Tage später betonte die sowjetische Zeitung für Deutschland, TÄGLICHE RUNDSCHAU, in einem Artikel zum fünfjährigen Bestehen des „demokratischen Rundfunks“ noch einmal ausdrücklich, daß es gelte, zwei schädliche opportunistische Auffassungen in der Tanzmusik zu überwinden.

er auf Bitten des Orchesters ein erstes Rücktrittsgesuch vom Dezember 1949 zurückgezogen hatte.

Die „Säuberungen“ und freiwilligen Kündigungen reduzierten den redaktionellen Mitarbeiterstab des im Rahmen des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES neuorganisierten *Rundfunks der Deutschen Demokratischen Republik* auf die gleichen auf Parteilichkeit gedrillten Funktionärskader wie sie in der Presse des neuen Typus vorherrschen. Die Zahl der zuvor geduldeten bloßen Befürworter einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ist auf wenige künstlerische Kräfte beschränkt worden. Lediglich die beiden Chefkommentatoren des Sowjetzonenrundfunks, Karl-Eduard von Schnitzler und der kürzlich verstorbene Herbert Gessner, fallen nicht unter die Schablone des neuen Typus. Schnitzler arbeitete während des II. Weltkrieges bei der BBC, nachdem er in englische Kriegsgefangenschaft geraten war; Gessner verlegte in den ersten Nachkriegsjahren seinen Wohnsitz aus Westdeutschland nach Ostberlin.

Die zugleich mit der Zentralisierung und personellen „Säuberung“ des *Rundfunks der Deutschen Demokratischen Republik* vorgenommene Aufteilung des Sendebetriebs in 3 Programme sollte einer Differenzierung der propagandistischen Aufgaben entsprechen. Deren „Schwerpunkte“ sind— abgesehen von der allgemeinen ideologischen Erziehung und der Popularisierung der SED und ihres Regimes — gemäß einer in der sowjetischen Zeitung für Deutschland, *Tägliche Rundschau*, am 14. 5. 1950 abgedruckten Zusammenfassung:

1. Mahner und Rufer für die Einheit Deutschlands zu sein.
2. Die deutsch-sowjetische Freundschaft zu vertiefen.
3. Die Erfahrungen der Sowjetvölker stärker für den demokratischen Aufbau auszuwerten . . . Es kommt darauf an, in einer wohlausgewogenen Mischung volkskünstlerische und politische Sendungen zu kombinieren . . .

Dementsprechend wurde im Zuge der Neuorganisation jedem der drei Programme eine besondere propagandistische Akzentuierung verliehen. Zur Hauptaufgabe des Deutschlandsenders wurde es gemacht

„sich an alle Deutschen zu wenden, um sie für Frieden und Einheit zu gewinnen und die Patrioten, besonders in der Sendung ‚wir sprechen für Westdeutschland‘, in ihrem Kampf in Westdeutschland anzuleiten.“

Zum Mittelpunkt der Sendung von Berlin II wurden „Leben und Probleme unserer Republik“ bestimmt, während das III. Programm insbesondere „spezielle Sendungen für Berufsgruppen und Industriezweige“ gewidmet sein sollte. Zur Verbesserung der Empfangsverhältnisse war im Juli 1952 ein „in Rekordzeit erbauter Groß-Sender der DDR“ in Berlin-Köpenick fertiggestellt worden. Die neue Etappe im sowjetzonalen Rundfunkwesen wurde außerdem dadurch demonstriert, daß am 14. 9. 1952 das neu errichtete Funkhaus des Staatlichen Rundfunkkomitees in Ostberlin-Rummelsburg in Betrieb genommen wurde, nachdem Ingenieure des Ostrundfunks zuvor die nicht-demontierbaren technischen Einrichtungen des bis Pfingsten 1952 von ihnen benutzten, im britischen Sektor Berlins gelegenen Berliner Funkhauses zerstört hatten. Im Gegensatz zu den Ankündigungen firmierte dann das Programm des *Deutschlandsenders* nicht als Berlin I sondern als Berlin II, während das Programm mit dem Schwerpunkt „Leben und Probleme unserer Republik“ als „zentrales Programm unserer Republik“ den Titel Berlin I erhielt.

Der projektierte Programmaufbau ließ die Kritik unberücksichtigt, die bereits vor der Neuorganisation an den Sendeprogrammen geübt worden war und die, offenbar zur agitatorischen Vorbereitung der Neuorganisation, öffentlichen Ausdruck im Parteiorgan *Neues Deutschland* (Olaf Badstüber am 4. 4. 1952) gefunden hatte:

„Was kritisieren unsere Hörer? . . . Sie fühlen sich von dem tierischen Ernst einer Unzahl Sendungen abgestoßen. Sie bemängeln, daß leichtverständliche Musik und Humor zu kurz kommen. . . . Sie werfen der Tanz- und Unterhaltungsmusik Armut an Einfällen vor. Schließlich beklagen sie sich auch über den gesamten Aufbau des Programmes. Der Anteil der Wortsendungen ist zu hoch. . . .“

Tatsächlich ging die Kritik der Hörerschaft erheblich weiter. Die Unwahrhaftigkeit und Unvollständigkeit der Nachrichtengebung, die in breitem Umfang durch das gesamte Programm gestreute zynisch-verlogene und primitive Agitation, die Unterbrechung musikalischer und Unterhaltungssendungen durch tendenziöse politische Zwischenbemerkungen, die Politisierung jeglicher Interessensbereiche bis zum Kinderfunk, hatten seit langem eine weitverbreitete scharfe Ablehnung der kommunistischen Rundfunkarbeit erzeugt. Als „ihre Sender“ betrachteten weite Bevölkerungskreise der Sowjetzone den in Westberlin stationierten aus amerikanischen Steuermitteln finanzierten Rundfunk im Amerikanischen Sektor „RIAS“ mit Sendern in Berlin und Hof in Bayern, dessen Programm ausschließlich auf die Interessen und Probleme der Sowjetzonenbevölkerung abgestimmt ist. Soweit Empfangsmöglichkeiten gegeben waren, wurden außerdem der Nordwestdeutsche Rundfunk „NWDR“ mit Sendern in Berlin, Hamburg und Hannover gehört sowie der Deutsche Dienst der BBC. Ungeachtet dieser Situation, die sich in der Zwischenzeit nur insofern geändert hat, als der Empfang der Sendungen westlicher Stationen erheblich erschwert und gebietsweise unmöglich gemacht worden ist, versuchte das STAATLICHE KOMITEE im Rahmen der neuen Programme Berlin I, Berlin II (DEUTSCHLANDSENDER) und Berlin III die Rolle des Rundfunks als ideologisches Erziehungsmittel und Agitationsinstrument noch zu verstärken. Die erforderliche Hörerrückwanderung zum kommunistischen Rundfunk sollte nicht durch eine Änderung des Programminhaltes und Programmstiles, sondern durch Schaffung einer Monopolsituation bewirkt werden, wie sie sich die Sowjetzonenpresse zunutze macht. Die zur Erreichung einer solchen Monopolstellung eingesetzten Mittel sind psychologischer und technischer Natur.

a) Die psychologischen Mittel zielen auf die moralische Diffamierung der RIAS-Mitarbeiter und auf die Einschüchterung der RIAS-Hörer ab. Dabei spielen eine besondere Rolle die Behauptungen, die Station RIAS stiftete zu Sabotageakten und zur Spionage an. Die Abteilung AGITATION läßt diese Behauptungen nicht in der Erwartung verbreiten, daß sie geglaubt würden; sie sollen vielmehr — da ein Verbotsgesetz in Bezug auf das Abhören westlicher Sender nicht existiert — jegliche Kontaktnahme, potentiell auch das Abhören der Sendungen, als unter den Gesetzen zum Schutz der Republik strafbar erscheinen lassen. Aus dem gleichen Grunde wird bei der Aburteilung politischer Delikte in der Regel hervorgehoben, daß der Täter RIAS-Hörer gewesen sei.

b) Technische Mittel. Mit der Neuorganisation des Sowjetzonenrundfunks ging das Projekt einer ausgebreiteten Störsendertätigkeit zur Verhinderung des Empfanges westlicher Sendungen parallel. Bis zum Beginn des Jahres 1955 wurden nach Angaben des *Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen* (Berlin), zumeist in größeren Städten, 300 kleine Störsender mit einer Leistung von 150 Watt und 30 Sender mit einer Leistung von 2 kW aufgestellt; außerdem wurden 7 fahrbare 5-kW-Störsender und ein 20-kW-Sender in Betrieb genommen, der entweder auf westlichen Frequenzen Ostprogramm verbreitet oder ebenfalls einen Störton ausstrahlt. Die Inbetriebnahme weiterer fahrbarer Störsender ist vorgesehen. Die Regie des Störprogrammes führt unter Aufsicht des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES der Leiter der Abteilung Betriebe, Walter Hermann, in der Hauptverwaltung Funkwesen des MINISTERIUMS FÜR POST UND FERNMELDEWESEN. Die Art der Betätigung der Störsender hat verschiedentlich zu einem in der Sowjetzonenpresse monierten „lästigen Überlagerungspfeifen“ beim Empfang des Sowjetzonenrundfunks selbst geführt, so daß das MINISTERIUM FÜR POST UND FERNMELDEWESEN sich zur Empfehlung des UKW-Empfanges veranlaßt sieht, der — im UKW-Sendebereich — sowohl im Hinblick auf die östlichen wie auf die westlichen Stationen störungsfrei ist. Die verstärkte Störsendertätigkeit gegen westliche Rundfunksendungen wurde durch die Station RIAS mit der Inanspruchnahme einer größeren Zahl von Frequenzen insbesondere zur Ausstrahlung des politischen Programmes beantwortet, zu deren Abdeckung das kommunistische Störsenderpotential nicht ausreicht. Die Ergebnisse der in den Jahren 1952 bis 1955 angestellten verstärkten Bemühungen um die Schaffung eines kommunistischen Sende- und Empfangsmonopols für die Sowjetzone sind daher hinter den bei der Konstituierung des

STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES gehegten Erwartungen zurückgeblieben. Das STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE ist infolgedessen genötigt, das Publikumsinteresse und die Publikumswünsche stärker zu berücksichtigen als es die Sowjetzonenpresse tut.

Den direkten Anlaß zur „kompromißlerischen Aufweichung“ der Programmpolitik des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES gab der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Die Selbstkritik und die Zukunftsversprechungen des von Panik erfaßten Regimes erstreckten sich auch auf den Rundfunk der DDR. Die Chefkommentatoren Schnitzler und Gessner wurden beauftragt, zu den Vorwürfen der Unwahrhaftigkeit der politischen Sendungen (von der SED unter dem Stichwort „Schönfärberei“ aufgegriffen) und der allgemeinen Unpopularität des kommunistischen Rundfunks in Sendungen Stellung zu nehmen. Am 8. Juli 1953 erklärte Gessner in einem Kommentar:

„Wenn Massen von werktätigen Hörern unseren Funk nicht verstehen, wenn sie ihn abdrehen, ist der Funk schuld, nicht die Hörer. Man hat uns vor allem Schönfärberei vorgeworfen. Und ich sage: Ja, wir haben schöngefärbt.“

Am 12. Juli ergänzte ihn Schnitzler mit dem Eingeständnis:

„Unsere Sendungen waren oft langweilig . . . Wir haben häufig Wahrheiten plump formuliert . . . Die in Westberlin und Westdeutschland stationierten Sender formulieren Lügen raffiniert. Gerade weil wir das wissen, hätten wir auch nie zulassen dürfen, daß sie infolge der technischen Schwerefülligkeit unseres Nachrichtenapparates in die Lage versetzt wurden, Nachrichten über Maßnahmen unserer Regierung vor uns zu bringen . . . Denn da hatten wir, weil wir so langsam waren, bestätigt, was der Gegner zuvor schon gesagt hatte . . .“

Als konkrete Besänftigungsmaßnahmen wurden der Hörerschaft neue Rahmenprogramme mit einem stärkeren Anteil von Musik- und Unterhaltungssendungen auf Kosten des politischen Wortprogrammes zugesagt. Einige Sendereihen des Mitte August 1953 bekanntgegebenen neuen Programmschemas waren deutlich als Kopien besonders populärer RIAS-Sendungen zu erkennen. Im Rahmen des neuen Programmes fand die zuvor diskreditierte westliche, insbesondere amerikanische Tanzmusik prominente Berücksichtigung. Westlichen Schlagersängern und Orchestern wurden, zum Teil mit Erfolg, finanziell großzügige Produktionsangebote gemacht. Außerdem beschaffte sich das STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE, vielfach unter Verletzung urheberrechtlicher Bestimmungen, westdeutsche Tanz- und Unterhaltungsmusikaufnahmen. Das zuvor in den Hintergrund gedrängte einzige moderne Tanzorchester der Sowjetzone, das von Kurt Henkels geleitete *Tanzorchester des Staatlichen Rundfunkkomitees* Berlin III, erhielt günstigere Sendezeiten. Als Kompensation für die Auflösung der Provinzstationen wurden mit deutlicher Anspielung auf die Pflege lokalpatriotischer Gefühle Beiträge aus den Bezirksstudios Schwerin, Neubrandenburg, Rostock, Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam, Leipzig, Halle, Magdeburg, Dresden, Görlitz, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Suhl und Gera ins frühe Abendprogramm aufgenommen. Die Presseveröffentlichungen über das neue Programmschema zählten vor allem die Unterhaltungssendungen auf:

S o n n t a g :

Berlin I : Grundsätzlich unterhaltende Programme, Tanz- und Unterhaltungsmusik

Berlin II : Rätselabend

Berlin III: 14tägig im Wechsel Oper und Operette

M o n t a g :

Berlin I : Unterhaltungsmusik und Wort im Wechsel mit „Wunschsendung per Telefon“

Berlin II : Hörspiel (Wiederholt donnerstags über I und mittwochs über III)

D i e n s t a g :

Berlin I : Oper oder Operette

Berlin II : Leichte Unterhaltung

Berlin III: Symphoniekonzert

M i t t w o c h :

Berlin I : Unterhaltung

Berlin II : Oper und Tanzmusik

D o n n e r s t a g :

Berlin III: Rätselsendung im Wechsel mit dem Orchester K. Henkels

F r e i t a g :

Berlin I und II: Symphoniekonzert und buntes Programm

Berlin III: Schlagerlotterie und Volkslieder

S a m s t a g :

Berlin I : Tanz, Quizprogramm, Operette oder bunter Unterhaltungsabend

Berlin II : Ausschließlich Musik oder Dorf- und Betriebsabend

Berlin III: Operette oder Tanz und „Aufbaulotterie“.

(DER MORGEN, 13. August 1953)

Die pointierten Hinweise auf die Unterhaltungsprogramme erwiesen, daß das STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE um die Unbeliebtheit seiner politischen Sendungen und um seine Unterlassungen auf dem Gebiet der Unterhaltung wußte; mit der allmählichen Rückgängigmachung des sog. „Neuen Kurses“ verschärfte sich die Programmpolitik von neuem, jedoch bewirkte — insbesondere im Deutschlandsender — die Absicht, Westberliner und westdeutsche Hörer einzufangen, die Beibehaltung zahlreicher im Rahmen des Neuen Kurses eingeführter Programmverbesserungen. Als solche wirken sich auch die seit 1955 zunehmenden Bemühungen des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES aus, Anschluß an die internationalen Übertragungen ausländischer Musikfestivals zu erhalten. Die Nennung des *Rundfunks der Deutschen Demokratischen Republik* in der internationalen Übertragungs- und -absage soll gegenüber dem Ausland das kulturelle Interesse der DDR dokumentieren und in der Sowjetzone selbst den Eindruck erwecken, die *Deutsche Demokratische Republik* sei international gesellschaftsfähig. Zugleich benutzt das STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE sowohl die internationalen musikalischen Gemeinschaftsübertragungen als auch vom europäischen Rundfunk beachtete Sportveranstaltungen, um — sei es durch Übernahmeverhandlungen oder Angebote eigener Übertragungen (Berliner Staatsoper) bzw. Reportagen (etwa von Fußball-Länderkämpfen in den Volksdemokratien) — offiziellen Kontakt zum westeuropäischen, insbesondere zum westdeutschen Rundfunk zu finden.

Trotz der aus den genannten Gründen erfolgten Milderung der politischen Akzente im Programmaufbau beträgt im Rahmen der täglichen drei Programme das Verhältnis zwischen Wort und Musik im Durchschnitt immer noch 30,5 zu 69,5, wobei zu berücksichtigen ist, daß in den Nachtstunden vorwiegend Musik gesendet wird, so daß der Wortanteil in den Haupthörzeiten bedeutend höher anzusetzen ist als 30,5.

Die täglichen Wortsendungen würden 22 Seiten einer Tageszeitung vom Format des *Neuen Deutschland* (24,5 x 17,5 cm) füllen. Dabei entfallen im Verhältnis:

- 13 Seiten auf aktuelle politische Fragen
- 3 Seiten auf Kulturpolitik
- 1 1/2 Seiten auf Nachrichten
- 1 1/2 Seiten auf Unterhaltung
- 1/2 Seite auf wissenschaftliche Fragen
- 2 1/2 Seiten auf sonstige Themen wie Wetterberichte, Gruß-Sendungen usw.

Die redaktionelle Betreuung dieser Sendezeiten wird detailliert vorgeplant. Der Planungsmechanismus läuft in folgender Weise ab:

1. Ausarbeitung eines 6-Wochen-Rahmenplanes durch die Leitung des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES in Zusammenarbeit mit der Abteilung AGITATION im SED-Zentralkomitee.
2. Aushändigung dieses Rahmenplanes an die Redaktionen.
3. Ausarbeitung von speziellen Redaktionsvorschlägen gemäß dem Rahmenplan.
4. Koordinierung und Korrektur der Redaktionsvorschläge durch die Abteilung Planung des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES.

5. Genehmigung des so entstandenen Programmplanes durch die Leitung des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES und die Abteilung Presse und Rundfunk in der Abteilung AGITATION.
6. Anweisung an die Redaktionen, die Programme gemäß dem beschlossenen Plan unter Berücksichtigung der jeweiligen Agitationsschwerpunkte³⁾ vorzubereiten.
7. Ausarbeitung von Dreitagesplänen in den Redaktionen, in denen der Inhalt der projektierten Sendungen stichwortartig festgelegt wird, so daß für die endgültige Manuskriptanfertigung verbindliche Richtlinien vorliegen.

Die Durchführung der Planung erfolgt für alle drei Programme durch die gleichen Redaktionen, so daß nicht nur thematisch, sondern auch formal eine Gleichförmigkeit bewirkt wird, die dadurch noch unerträglicher für das Publikum wird, daß sie das akustische Abbild der von der gleichen Zentrale gelenkten und dem gleichen Journalistentyp verfaßten gleichzeitig erscheinenden Artikel der Sowjetzonenpresse ist.

Der sorgfältigen Planung entspricht eine gründliche mehrinstanzliche Kontrolle der Wortsendungen, die durch den Redaktionschef, den zuständigen Kontrolleur und die Chefredaktion des jeweiligen Programmes (I, II, III) vorgenommen wird. Hinzu kommen die versteckten Kontrollen durch die Mitglieder der Betriebs-Parteiorganisation und die Agenten des SSE und MWD. Offizielle Kontrolleure sind für Sendungen über die Sowjetunion und die Volksdemokratien Frau Grünstein, für Westsendungen Knorr und für übrige Wortsendungen Kaminski. Zur Überwachung der Chefkommentatoren ist der Redakteur in der Kommunalredaktion Mendelsohn eingesetzt.

Die verschiedenen musikalischen Genres kommen täglich durchschnittlich in folgender Proportion zur Geltung:

- 1252 Minuten Unterhaltungsmusik
- 345 Minuten Tanzmusik
- 293 Minuten „Gemischte Musik“
- 275 Minuten Symphonische und Kammermusik
- 174 Minuten Volksmusik
- 147 Minuten Opern und Volksmusik.

Bei der wegen ihres Niveaus prestigefördernden Programmgestaltung auf dem Gebiet der ernsten Musik ist das STAATLICHE RUNDFUNKKOMITEE dadurch begünstigt, daß es einen erheblichen Teil der archivierten Musikproduktion der Reichsrundfunk-Gesellschaft in Westberlin vorfand und dem eigenen Archiv einfügte. Zur Neuproduktion steht das Berliner Rundfunk-Symphoniestreiter (Chefdirigent Hermann Abendroth, Kapellmeister Rolf Kleinert) zur Verfügung. Für Musikprogramm und Musikproduktion ist ein Künstlerischer Beirat zuständig, dessen Zusammensetzung im Oktober 1953 wie folgt angegeben wurde:

Franz Spielhagen	Leiter der Gruppe Musikprogramm im STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEE
Prof. Hans Pischner	Leiter der Gruppe Musikproduktion im STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEE
Albert Busch	VEB „Lied der Zeit“ — Schallplatten
Prof. Max Butting und Leo Spies	Komponisten, Mitglieder der Akademie der Künste.

Ergänzende Angaben zur personellen Besetzung des STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEES:

Stellvertreter des Vorsitzenden des zwölfköpfigen Leitungsgremiums, Kurt Heiß, ist Wolfgang Kleinert, der bereits die Abteilung Planung in der Generalintendanz geleitet hatte und auch im STAATLICHEN RUNDFUNKKOMITEE für die Programmplanung zuständig ist. Weitere namentlich bekannte Leitungsmitglieder sind der Intendant der Berliner Rundfunk- und Deutschlandsender, Rudolf Pfützner, der Personalchef Adameck, der für die Westsendungen (Gesamtdeutsche Fragen) hauptverantwortliche Willi Perk, Walter Riedel und Richard Hilgert.

Chefredakteure (Sendeleiter) der Programme I, II und III sind Pries, Heinz Zoeger und Käthe Ellrodt. Leiter der Hauptabteilung Nachrichten ist Rudolf Kirschneck, Leiter der Redaktion für Gesamtdeutsche Fragen

³⁾ Die aktuellen Agitationsschwerpunkte werden in der bereits erwähnten täglichen Pressebesprechung in der Abt. AGITATION bekanntgegeben.

ist Heinz Geggel, Hermann Ziller ist der Stellvertreter von Pfützner, Chefredakteur des Deutschlandsenders Hermann Burkhardt, des Berliner Rundfunks Erich Boehm, Dramaturgin ist die Nationalpreisträgerin Berta Watenstadt.

Hinsichtlich des Fernsehens hatte Kurt Heiß am 16. September 1952 im Zusammenhang mit der Umorganisation des Rundfunks im „Neuen Deutschland“ erklärt:

„Das Fernsehen entwickelt sich rasch und wird in kurzer Zeit ein nicht mehr wegzudenkender Faktor im öffentlichen Leben sein.“

Die rasche Entwicklung dauerte immerhin über drei Jahre. Nachdem im Juli 1950 auf einem Gelände von 16 000 qm in Berlin-Adlershof bei einem Kostenaufwand von 60 Millionen Mark mit der Errichtung des „Fernsehentrums Berlin“ begonnen worden war, das nach der Fertigstellung 4 Produktionsstudios, einen großen Sendesaal, Filmkopieranstalt, Filmbunker und Ateliereinrichtungen wie Hebebühne, Schwimmbassin usw. umfaßte, wurde die erste Sendung am 8. November 1952 zu Ehren von Stalins Geburtstag ausgestrahlt. Offizieller Sendebeginn war der 21. Dezember 1952. Das nunmehr regelmäßig ausgestrahlte Programm galt jedoch damals nur als „Versuchsprogramm“. Am 7. August 1955 teilte das „Neue Deutschland“ mit, das Versuchsprogramm werde Ende 1955 abgeschlossen sein.

Der Aufnahme des Sendebetriebs für Ostberlin mit den Sendern in Berlin-Müggelberge folgte am 30. August 1953 die Inbetriebnahme eines Senders in Leipzig und im Mai 1954 in Dresden. Die beiden Sender werden über die Relaisstrecke Berlin-Stülpe (Habichtsbühl)-Oschatz (Collnberg) - Leipzig bzw. Dresden mit dem Berliner Programm versorgt. Am 15. Dezember 1955 folgte ein größerer Sender in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt). Thüringen wird durch den Fernsehsender Inselberg und Mecklenburg durch eine Station in Marlow versorgt.

Als technische Mängel des Sehfunks, der bei 25 Bildern pro Sekunde mit 625 Zeilen (480 000 Bildpunkten) ausgestrahlt wird, werden vor allem Unschärfen und Geometriefehler zugegeben. Der Empfang des Senders Inselberg ist wegen der nahen Bildfrequenz westdeutscher Stationen nicht einwandfrei. Der Empfang im Berliner Stadtraum vom Sender Stadthaus ist ebenfalls wegen der unmittelbaren Nähe westlicher Funkdienste empfindlich gestört. Die Bildsendungen dieses Senders verstießen seit ihrem Beginn gegen die internationalen Abmachungen über Wellenbereiche, wonach die Frequenzen zwischen 87,5 und 100 MHz ausschließlich für den UKW-Funk vorgesehen sind. Am 21. Dezember 1955 begann der Berliner Sender sein Programm auf dem Band III (209,2 MHz) auszustrahlen. Die technische Qualität ist sehr wechselhaft, Sendeausfälle keine Seltenheit.

Am 3. Januar 1956 beendete das Fernsehzentrum Berlin offiziell sein „Versuchsprogramm“. Es nennt sich jetzt „Deutscher Fernsehfunk“. Änderungen im Programm sind minimal. Es wird nach wie vor ein einziges Programm von Berlin aus über die ganze Zone ausgestrahlt:

- Sonntag: 15.00—16.00 Kinderstunde
20.00—22.00 Abendprogramm
- Montag: kein offizielles Programm
- Di — Sa: 20.00—22.00 Abendprogramm (die tatsächlichen Sendeschlußzeiten differieren).

Das Programm enthält keine Nachrichten oder Kommentare, jedoch zahlreiche aktuelle Propagandasendungen. Das Programmschema für die Abendsendungen sieht vor:

1. Wochenschau, Kurzfilm oder politische Dokumentarsendung;
2. Wetterdienst;
3. Spielfilm, Fernsehspiel oder Fernsehfilmbericht von einem öffentlichen Ereignis.

Öffentliche Übertragungen sind erst seit dem 6. Oktober 1955 möglich. Zur Verfügung stehen zwei Übertragungswagen mit je drei Kameras mit Gummilinsen.

Gemäß einer Programmanalyse für August 1955, der auch im Februar 1956 nichts wesentliches hinzuzufügen ist, wurden im Abendprogramm wöchentlich drei Spielfilme volksdemokratischer oder sowjetischer Pro-

duktion, meist nicht synchronisiert, mit schlecht leserlichen Untertiteln, ausgestrahlt, ferner wöchentlich 5–6 Kultur- oder direkte Propagandafilme volksdemokratischer oder sowjetischer Herkunft. Hinzu kommen Sendungen mit Ausschnitten aus Theateraufführungen, wobei vorwiegend politische Tendenzstücke berücksichtigt werden, einige Musiksendungen, Ballettdarbietungen und Bunte Abende, neuerdings auch gelegentliche Direktübertragungen.

Auch die häufigen Wiederholungen und Programmänderungen lassen die niedrige Entwicklungsstufe des Sehfunks des STAATLICHEN RUND-FUNKKOMITEES erkennen. Man findet Programmankündigungen mit dem Hinweis: „Keine Wiederholung!“

Die Zahl der in der Zone aufgestellten Apparate wird mit rund 50 000 angegeben. Folgende Empfangsgeräte standen bisher zur Verfügung:

- 1952 das Modell „Leningrad T 2“, Preis 1450 Ostmark;
- 1953 „ „ „F 852“, im Handel nicht erhältlich;
- 1954 „ „ „F 854“, Preis 1400 Ostmark;
- 1955 „ „ „Rubens“, eine Rundfunk- und Fernschatulle für 1300 Ostmark. Die Produktion dieses Gerätes ist Ende 1955 eingestellt worden. Dafür erscheint
- 1956 „ „ „Rubens-Fernsehtischgerät“. Preis bisher unbekannt.

Filmwesen

(Das Filmwesen der deutschen Sowjetzone wird hier nur in einer kurzen Zusammenfassung⁴⁾ behandelt, da sein Hauptgebiet, der Spielfilm, nicht zum Öffentlichen Informationswesen gerechnet werden kann, sondern in einer Studie über Kulturpolitik der Sowjetzone zu untersuchen ist.)

Auch die Filmproduktion der Deutschen Demokratischen Republik ist Teil des zentral gelenkten Propagandaapparates. Das Produktionsmonopol wurde der am 17. Mai 1946 lizenzierten DEUTSCHEN FILM A.G. (DEFA) übertragen. Die sowjetischen Behörden stellten der DEFA das Filmzentrum der UFA in Babelsberg bei Berlin sowie das Gebäude der TOBIS-Filmgesellschaft in Berlin-Johannisthal zur Verfügung, das später für Fernsehzwecke geräumt werden mußte. Am 4. November 1947 wurde die DEFA in eine Sowjet-Aktiengesellschaft umgewandelt; 55 % des Aktienkapitals von 10 Millionen RM entfielen auf das Ministerium für Filmindustrie der UdSSR (als Anteilseigner firmierten die sowjetische LINSAG AG und SOVEXPORT), 45 % auf den SED-Konzern ZENTRAG. 1951 wurde die DEFA aus dem SAG-Status in den Status eines volkseigenen Betriebes überführt. Im August 1952 — zum gleichen Zeitpunkt, zu dem auch die „Konzentration“ des Rundfunkwesens durchgeführt wurde — wurde durch Ministerratsbeschluß ein STAATLICHES KOMITEE FÜR FILMWESSEN gegründet, dem die einzelnen Abteilungen der DEFA als neukonstruierte volkseigene Betriebe unterstellt wurden. S. dazu § 1 der „VO. über die Bildung volkseigener Filmproduktionsbetriebe vom 16. April 1953“:

„Mit Wirkung vom 1. Januar 1953 werden folgende volkseigene Betriebe errichtet:

- a) Das DEFA-Studio für Spielfilme mit dem Sitz in Potsdam-Babelsberg;
- b) das DEFA-Studio für Kinderfilme mit dem Sitz in Potsdam-Babelsberg;
- c) das DEFA-Studio für populärwissenschaftliche Filme mit dem Sitz in Potsdam-Babelsberg;
- d) das DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme mit dem Sitz in Berlin;
- e) das DEFA-Studio für Synchronisation mit dem Sitz in Berlin-Johannisthal;
- f) die DEFA-Kopierwerke mit dem Sitz in Berlin-Köpenick;
- g) Der DEFA-Filmübernahme- und Außenhandelsbetrieb mit dem Sitz in Berlin;

Die Betriebe unterstehen unmittelbar dem Staatlichen Komitee für Filmwesen.“

Alle Geräte in der Zone sind mit drei Kanälen ausgestattet, also für den Empfang dreier nebeneinanderlaufender Programme eingerichtet. Klagen werden besonders über die Röhre „1 Z 1“ geführt, deren Lebensdauer manchmal nur eine halbe Stunde erreicht. Auf jeden Fall muß die Röhre nach einem halben Jahr ausgewechselt werden.

Die Bemühungen um einen Gemeinschaftsempfang in Großbetrieben, HO-Gaststätten, Versammlungsräumen der Massenorganisationen, Kulturhäusern, MTS-Stationen usw. blieben bisher ohne größeren Erfolg. Das FDJ-Organ „JUNGE WELT“ schrieb dazu am 6. August 1955:

„Daß viele sich über die Bedeutung des Fernsehens noch nicht im klaren sind, zeigen z. B. die skandalösen Zustände in manchen Fernsehstuben der Nationalen Front. Die Verantwortlichen wissen noch nicht, was für ein wertvolles Agitationsmaterial ihnen damit in die Hand gegeben ist. Sonst könnten nicht so viele Apparate verstaubt in der Ecke stehen, wie mir das vor allem in Berlin aufgefallen ist.“

Das Fernsehzentrum des STAATLICHEN RUND-FUNKKOMITEES beschäftigt rund 900 Angestellte. Die Leitung des Deutschen Fernsehfunks liegt z. T. in den Händen Heinz Adameks. Hermann Zille und Pitt Klemm werden als Sendeleiter bezeichnet. Technischer Leiter ist der Nationalpreisträger Ernst Augustin. Abteilungsleiter für Aktuelles: Günter Klingenberg, für Kulturpolitik: Horst Heydeck, für Jugend und Erziehung: Gerda Dengler.

Vorsitzender des STAATLICHEN KOMITEES FÜR FILMWESSEN wurde der bisherige Direktor der DEFA, der Moskau-Emigrant Sepp Schwab. Nachdem die DEFA in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Ordnung beachtliche künstlerische Erfolge auf dem Gebiet des zwar politischen, aber keineswegs eindeutig kommunistischen Spielfilms errungen hatte — „Die Mörder sind unter uns“ 1946; „Ehe im Schatten“ 1947; „Wozzek“ 1947; „Affaire Blum“ 1948 — wurde sie Ende 1950⁵⁾, bis zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche personelle Veränderungen unter den leitenden deutschen Mitarbeitern und den sowjetischen Filmbeauftragten stattgefunden, der Kontrolle eines als DEFA-KOMMISSION bezeichneten Gremiums unterstellt, in dem der für die Abteilung AGITATION zuständige Zentralkomitee-Sekretär (damals Hermann Axen) den Vorsitz führte. Die DEFA-KOMMISSION erteilte die Genehmigung zur Verfilmung von Drehbüchern, übte das Recht der Freigabe oder Sperrung fertiggestellter Filme aus und entschied über Umarbeitungen und Nachaufnahmen für bereits abgedrehte Filme. Nach Beginn ihrer Tätigkeit wurde die Produktion nahezu ausschließlich auf kommunistische Agitationsfilme umgestellt. Die folgenden Titel mögen als Beispiel gelten: „Der Auftrag Högners“ 1950, westliche Sabotage an der volkseigenen Industrie; „Familie Benthin“ 1950, moralische Rechtfertigung der Enteignung von Klein- und Mittelbetrieben, Rechtfertigung der Blockade Westberlins; „Der Rat der Götter“ 1950, Hetze gegen kriegslüsternden amerikanischen und deutschen Monopolkapitalismus, der bereits während des II. Weltkrieges gegen die Sowjetunion paktiert hat; „Zugverkehr unregelmäßig“ 1951, Westberlin als amerikanische Agentenzentrale; „Die Meere rufen“ 1951, Verkommenheit in Westdeutschland, Aufbau eines Fischereikombinates in der DDR, Volkspolizeiwerbung; „Das verurteilte Dorf“ 1952, Widerstand eines westdeutschen Dorfes gegen die amerikanische Besatzungsmacht; „Geheimakten Solvay“ 1953, moralische Rechtfertigung der Enteignung der Großbetriebe; „Roman einer jungen Ehe“ 1952, Versumpfung und Dollarkorruption im Westberliner Kulturleben.

Zugleich mit der Unterstellung der DEFA unter die DEFA-KOMMISSION und der nahezu völligen Produktionsumstellung auf Agitationsfilme nahm die Produktion qualitativ und quantitativ rapide ab. 1949 waren 12 Spielfilme hergestellt worden, 1950 waren es 10, 1951 8. Die

⁴⁾ Im wesentlichen basierend auf der vom Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen 1954 herausgegebenen Broschüre von Heinz Kersten „Das Filmwesen in der sowjetischen Besatzungszone“.

⁵⁾ Zur gleichen Zeit also, zu der auch im Rundfunk der Einfluß der Generalintendanten jegliche Selbständigkeit der Stationen beseitigen sollte.

Unbeliebtheit der DEFA-Produktion steigerte sich ständig. Dennoch wurde — und auch hier verlief die Entwicklung parallel zu der im Rundfunk der Sowjetzone — auf der II. SED-Parteikonferenz 1952 eine Verschärfung des unpopulären Kurses gefordert:

„In der Produktion der DEFA, besonders in den Spielfilmen, kommen unsere Errungenschaften auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht genügend zum Ausdruck . . . Die entscheidende Schwäche besteht in der ungenügenden Zahl von Spielfilmen, die den Aufgaben des Kampfes um den Frieden und die nationale Einheit Deutschlands gewidmet sind.“ (Walter Ulbricht)

Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurden auch in der Projektierung der Filmproduktion Zugeständnisse an den Publikumsgeschmack gemacht. Auf der 16. Tagung des SED-Zentralkomitees am 17. September 1953 erklärte Walter Ulbricht:

„Die Bevölkerung, besonders die Bevölkerung auf dem Lande, fordert mehr Filme und interessante Filme, Filme, die nicht nur über Arbeit handeln, sondern auch über Liebe. Im Zusammenhang mit der Durchführung des neuen Kurses wurden auch die Produktionspläne der DEFA umgestellt . . . Es ist zu begrüßen, daß bereits Besprechungen über das Thema der Filmkomödie stattgefunden haben. Es ist notwendig, mit Hilfe des Spielfilms und des Kinderfilms das Unterhaltungsbedürfnis der Menschen zu befriedigen und dabei gleichzeitig ihren Geschmack zu erziehen.“

Das STAATLICHE KOMITEE FÜR FILMWESEN erwies sich jedoch als unfähig, den ihm gestellten Aufgaben auch nur annähernd zu entsprechen. Welche paralyisierende Wirkung die Führung der DEFA durch politische Funktionäre ausübt, hatte der Vorsitzende, Sepp Schwab, bereits im Juli 1952 im Parteiorgan *Neues Deutschland* (12. 6. 1952) eingestanden:

„Das Fehlen des künstlerischen Leiters hat sich auf die Zahl der produzierten Spielfilme zweifellos ausgewirkt . . . Die Dramaturgie der DEFA hat 1951 etwa 60 Filmstoffe in Exposés und Szenarien entwickelt. Nur für 10 Stoffe konnte aber die Dreherlaubnis erteilt werden. Sehr viel Arbeitskraft und sehr viel Geld wurden so infolge mangelnder Führung und Beratung ohne einen unmittelbaren Nutzen vertan.“

Neben den unpopulären Filmen aus der Sowjetunion und den Volkdemokratien wurden angesichts des Ausbleibens einer ausreichenden Eigenproduktion im Zeichen des „neuen Kurses“ in größerer Anzahl Unterhaltungsfilme aus Westdeutschland und Unterhaltungsfilme und sozialkritische Filme aus dem westlichen Ausland eingeführt. Dieses System ist beibehalten worden; das STAATLICHE KOMITEE FÜR FILMWESEN selbst wurde aufgelöst und seine Funktionen dem am 7. Januar 1954 gegründeten MINISTERIUM FÜR KULTUR übertragen. Der Vorsitzende Sepp Schwab wurde zum Botschafter der DDR in Budapest ernannt; die Hauptverwaltung *Film* im MINISTERIUM FÜR KULTUR wurde dem leitenden SED-Funktionär Anton Ackermann übertragen. Auch er ist, wie der Leiter des STAATLICHEN KOMITEES FÜR FILMWESEN, zur engen Zusammenarbeit mit der Abteilung AGITA-

TION im SED-Zentralkomitee verpflichtet. Eine detaillierte Anleitung durch die Abteilung AGITATION erhält insbesondere das DEFA-Studio für Wochenschau und Dokumentarfilme. Die DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“, Monopolwochenschau der DDR, deren Produktion bereits 1946 aufgenommen wurde, ist ein plummes kommunistisches Propagandainstrument, das von der Bevölkerung seit Jahren durch deutliche Bekundungen des Desinteresses boykottiert wird. Der Chefredakteur, Günther Klein, hat die propagandistische Einseitigkeit des „Augenzeugen“ als besondere Tugend hervorgehoben:

„Ihre Pflichten gegenüber dem Volk konnte die DEFA-Wochenschau nur erfüllen, weil sie sich abwandte von dem Stil der Wochenschauen in den kapitalistischen Ländern, ja, weil sie einen in der Geschichte des neuen Films völlig neuen Weg beschritt . . . Der Übergang zu der parteilichen und kämpferischen Haltung, die der „Augenzeuge“ heute einnimmt, war das Ergebnis eines langen und schwierigen Prozesses.“

Die Dokumentarfilmproduktion der DEFA widmet sich hauptsächlich den „Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernmacht“. So z. B. in dem abendfüllenden Dokumentarfilm zum einjährigen Bestehen der *Deutschen Demokratischen Republik*, „Der Weg nach oben“. Weitere Themen sind kommunistische Massenveranstaltungen und Kongresse, beispielsweise die Weltjugendfestivals. Ein von der Partei mit besonderer Sorgfalt vorbereiteter und in Gemeinschaftsvorstellungen vorgeführter Dokumentarfilm des DEFA-Wochenschau- und Dokumentarfilmstudios war den abendfüllende Film „Wilhelm Pieck — das Leben unseres Präsidenten“. Er zählt zur Kategorie der verfälschten biographischen Filme aus der Arbeiterbewegung, auf die die kommunistische Filmpolitik der Sowjetzone den Hauptakzent legt: Nach der Herstellung des Filmes „Die Unbesiegbaren“, in dem Bebel und Liebknecht verzerrt dargestellt wurden, wurde unter dem Titel „Ernst Thälmann — Sohn seiner Klasse“ (I. Teil), „Ernst Thälmann — Führer seiner Klasse“ (II. Teil) — die Verfilmung des Lebens Ernst Thälmanns in Angriff genommen.

Es handelt sich um einen unter den Aspekten der politischen Gegenwartslage angelegten Farbfilm aus zwei abendfüllenden Teilen, der in der kommunistischen Propaganda als „bisher größtes Filmvorhaben“ in der Geschichte des deutschen Films bezeichnet wird. Wenn auch die Bevölkerung der Sowjetzone Filme dieser Art freiwillig nur selten besucht, hat die durch das Medium des Films betriebene Propaganda doch gegenüber der Presse- und Rundfunkarbeit den Vorteil, daß die Partei mit Hilfe der durch die Massenorganisationen veranstalteten Gemeinschafts-Filmvorführungen eine Konfrontierung insbesondere der Jugend mit der Propagandamaterie erzwingen kann.

Anmerkung:

G. F. Hudson ist Direktor des Seminars für Fernöstliche Fragen am St. Antony's Colleg. Oxford.

Ulrich Heinemann-Rufer, geb. 30. Juli 1925, in Münster/Westf. Gegenwärtig Ostreferent in einem Berliner Forschungsinstitut für politische Propaganda. Herbert Kundler, geb. am 5. November 1926, in Düsseldorf, Leiter der Abtlg. „Kulturelles Wort“ am RIAS Berlin.

Christamaria Selle, geb. am 7. März 1931 in Berlin, jetzt Programmsachbearbeiterin am RIAS Berlin.

Zur Ermöglichung einer vergleichenden Untersuchung wird in dem folgenden Anhang eine Übersicht über die in der deutschen Sowjetzone erscheinenden Tageszeitungen gegeben (ohne Mittags- und Abendzeitungen), sowie eine Liste der wichtigsten Wochen- und Monatszeitschriften.

Die Presse in der Sowjetzone

(Stand vom 1. August 1955)

I. TAGESZEITUNGEN

a) Bezirk Berlin (Ostsektor) — ehemals Land Brandenburg

Titel:	Richtung:	Erscheinungsort:	Chef-Redakteur:	Verlag:	Auflage:	Seiten:	Seit:
NEUES DEUTSCHLAND	Zentralorgan SED	Ausgabe A: Gesamte Zone Ausgabe B: Berlin (Ost)	Kollegium; Leiter: Georg Stibl	Eigenverlag	Ausgabe A+B Insgesamt 500 000	6/10	1946
BERLINER ZEITUNG	Kommunist	Berlin (Ost)	Erich Henschke (Herausgeber: Hermann Leupold)	Berliner Verlag	450 000	8	1945
NEUE ZEIT	Zentralorgan CDU	Berlin (Ost) u. Ausgabe für die Zone	Alwin Schaper	UNION-Verlag VOB	40 000	6/8	1945
DER MORGEN	Zentralorgan LDP	Berlin (Ost), Potsdam, Frank- furt, Cottbus	Kollegium	Eigenverlag	60 000	6	1945
NATIONAL-ZEITUNG	Zentralorgan NDPD	Berlin (Ost)	Kollegium (H. Stösslein, O. Zander, E. Prehn)	Eigenverlag	48 000	6/8	1948
TRIBÜNE	Zentralorgan FDGB	Ausgabe A: Gesamte Zone Ausgabe B: Berlin (Ost)	Kollegium	Verlag des FDGB Berlin- Treptow	125 000	6/8	1945
JUNGE WELT	Zentralorgan FDJ	Berlin (Ost)	Kollegium	Eigenverlag	400 000	8	1947
BAUERN-ECHO	Zentralorgan DBD	Berlin (Ost), Leipzig, Erfurt, Frankfurt, Gera, Halle, Magde- burg, Neubrandenburg, Potsdam	Leonhard Helmschrott	Deutscher Bauern-Verlag	130 000	6	1948

b) Ehemaliges Land Brandenburg; jetzige Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O.

MÄRKISCHE VOLKSSTIMME	SED	Potsdam	Hans Hortmann	Märkische Druck- und Verlags- G.m.b.H., Potsdam	*)	4/6	1946
LAUSITZER RUNDSCHAU	SED	Cottbus	Kollegium	Eigenverlag Bautzen	*)	4/6/8	1952
NEUER TAG	SED	Frankfurt a. d. Oder	Paul Czernicki	Eigenverlag Frankfurt/Oder	*)	4/6	1952
MÄRKISCHE UNION	CDU	Potsdam, Cottbus, Frankfurt a. d. Oder	Karl-Friedrich Fuchs	Eigenverlag Potsdam	14 000	4/6	1948
BRANDENBURGISCHE NEUESTE NACHRICHTEN	NDPD	Potsdam, Cottbus, Frankfurt a. d. Oder	Dr. Hempelmann	Eigenverlag VOB NATIONAL, Potsdam	28 500	4	1951

c) Ehemals Land Mecklenburg; jetzige Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

OSTSEE-ZEITUNG	SED	Rostock	Kollegium	Eigenverlag Rostock	*)	4/6/8	1952
FREIE ERDE	SED	Neubrandenburg	Karl-Heinz Karge	Eigenverlag Neustrelitz	*)	6/8	1952
SCHWÉRINER VOLKSZEITUNG	SED	Schwerin	Kollegium; Leiter: Hans Mahle	Eigenverlag Schwerin	*)	4/6/8	1952
DER DEMOKRAT	CDU	Rostock, Schwerin, Neubran- denburg	Xaver Kugler	Eigenverlag Schwerin	30 000	4	1945
NORDDEUTSCHE ZEITUNG	LDP	Rostock, Schwerin	Wilhelm Orbt	Eigenverlag VOB AUFWÄRTS, Schwerin	13 800	4	1946
NORDDEUTSCHE NEUESTE NACHRICHTEN	NDPD	Rostock, Schwerin, Neubran- denburg	Walter Harte	Eigenverlag VOB NATIONAL, Rostock	7 000	4/6	1953

d) Ehemals Land Sachsen; jetzige Bezirke Leipzig, Dresden, Chemnitz

VOLKSSTIMME	SED	Chemnitz (Karl-Marx-Stadt)	Lutz Aulbach	Sachsenverlag Karl-Marx-Stadt	*)	6	1946
LEIPZIGER VOLKSZEITUNG	SED	Leipzig	Kurt Hanke	Eigenverlag Leipzig	*)	4/6	1946 (1885)
SÄCHSISCHE ZEITUNG	SED	Dresden	Carl Bobach	Eigenverlag Zittau	*)	4/6	1946
FREIE PRESSE	SED	Chemnitz (Karl-Marx-Stadt)	Kurt Schneider	Sachsenverlag Karl-Marx-Stadt	*)	6	1946
DIE UNION	CDU	Chemnitz, Leipzig, Dresden	Max Karg	Eigenverlag VOB UNION, Dresden	42 000	4	1946
SÄCHSISCHES TAGEBLATT	LDP	Chemnitz, Leipzig, Dresden	Christian Zels	Eigenverlag VOB AUFWÄRTS	50 000	4	1946
SÄCHSISCHE NEUESTE NACHRICHTEN	NDPD	Dresden	Dietrich	Eigenverlag VOB NATIONAL, Dresden	28 000	4	1952

e) Ehemaliges Land Sachsen-Anhalt; jetzige Bezirke Magdeburg, Halle

Titel:	Richtung:	Erscheinungsort:	Chef-Redakteur:	Verlag:	Auflage:	Seiten:	Seit:
VOLKSSTIMME	SED	Magdeburg	Kollegium	Eigenverlag Magdeburg	*)	6	1947
FREIHEIT	SED	Halle	Kollegium	Eigenverlag Halle	*)	4/6/8	1946
DER NEUE WEG	CDU	Magdeburg, Halle	Herbert Rehnelt	Eigenverlag VOB Halle	21 500	4	1946
LIBERAL-DEMOKRATISCHE ZEITUNG	LDP	Magdeburg, Halle	Gerhard Fischer	Eigenverlag VOB AUFWÄRTS, Halle	40 000	4	1946
MITTELDEUTSCHE NEUESTE NACHRICHTEN	NDPD	Magdeburg, Halle	Arnd Römbild	Eigenverlag VOB NATIONAL, Halle	16 000	4	1952

f) Ehemals Land Thüringen; jetzt Bezirke Erfurt, Gera, Suhl

VOLKSWACHT	SED	Gera	Kollegium	Eigenverlag Gera	*)	4/6	1952
DAS FREIE WORT	SED	Suhl	Yvonne Freyer	Eigendruck Suhl	*)	4/6	1952
DAS VOLK	SED	Erfurt	Erich Richter	Eigenverlag Weimar	*)	6	1945
THÜRINGER TAGEBLATT	CDU	Gera, Suhl	August Bach	CDU-Verlag VOB, Weimar	24 000	4/6	1946
THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG	LDP	Gera, Suhl, Erfurt	W. Klotz	Eigenverlag VOB AUFWÄRTS, Weimar	30 000	4/6	1945
THÜRINGER NEUESTE NACHRICHTEN	NDPD	Gera, Suhl, Erfurt	Franz Förster	Eigenverlag VOB NATIONAL, Weimar	29 000	4	1951

*) Die Auflageziffern der SED-Provinzpresse stehen als „Geheime Parteisache“ streng unter Verschluss

II. ZEITSCHRIFTEN

a) Politische Zeitschriften

Titel	Thema	Chefredakteur	Herausgeber	Verlag	Auflage	Seiten	Erscheinungsweise	seit
EINHEIT	Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus	Kollegium Leitung: Fred Oelssner	Zentralkomitee der SED	Diets-Verlag, Berlin	160 000	96	monatlich	1946
NEUER WEG	Organ des Zentralkomitees der SED für Fragen des Parteaufbaus und des Parteebens	Chefredaktion: Rudolf Miessner	-	Diets-Verlag, Berlin	140 000	64	14tägig	1946
DIE NATION	Zeitschrift für Theorie und Praxis nationaler Politik	Kollegium	Partei Vorstand der NDPD	Verlag der Nation VOB NATIONAL, Berlin	6000	68	monatlich	1951
DIE ARBEIT	Monatszeitschrift für Theorie und Praxis der deutschen Gewerkschaften	Kollegium Leitung: Bernhard Schwalbe	Bundesvorstand des FDGB	„Tribüne“, Berlin	unbekannt	72	monatlich	1947
DAS GEWERKSCHAFTSAKTIV	Zeitschrift für die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben	Kollegium	Bundesvorstand des FDGB	„Tribüne“, Berlin	unbekannt	56	-	1952
FREIE PRESSE	Organ der oppositionellen Sozialdemokraten Groß-Berlin - Sozialistische Aktion (SDA)	Chefredaktion: Hans Müller	-	Planet-Verlag, Berlin	unbekannt	6	wöchentlich	1949
STIMME DES PATRIOTEN	Organ für die Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland	Chefredaktion: Max Nierich	Büro des Präsidiums des Nationalrates	Kongreß-Verlag, Berlin	40 000	24	14tägig	1953
DIE PRESSE DER SOWJET-UNION	-	Chefredaktion: Leon Nebenzahl	Presseamt des Ministerpräsidenten der DDR	Kongreß-Verlag, Berlin	unbekannt	16	3tägl.	-
JUNGE GENERATION	Monatszeitschrift für Fragen der Jugendbewegung	Chefredaktion: Helmut Böhm	Zentralrat der FDJ	Verlag „Junge Welt“, Berlin	unbekannt	32	monatlich	1947
FORUM	Organ des Zentralrats der FDJ für die deutschen Studenten	Kollegium	Junge Welt, Berlin	Junge Welt, Berlin	unbekannt	12	wöchentlich	1947
DER FREIE BAUER	Wochenzeitung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (BHG)	Chefredaktion: Herbert Linz	Zentralvorstand des VdgB (BHG)	Deutscher Bauernverlag, Berlin	419 000	12	wöchentlich	1946
DIE FRAU VON HEUTE	-	Chefredaktion: Ursula Wohlenberg	Bundesvorstand des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands	Verlag für die Frau, Leipzig	360 000	24	wöchentlich	1946

b) Zeitschriften für Kultur und Unterhaltung

SONNTAG	Wochenzeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung	Chefredaktion: Heinrich Goeres	Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands	Aufbau-Verlag, Berlin	unbekannt	12	wöchentlich	1946
AUFBAU	Kulturpolitische Monatsschrift	Chefredaktion: Bodo Uhse	Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands	Aufbau-Verlag, Berlin	unbekannt	106	monatlich	1945

Noch: Zeitschriften für Kultur und Unterhaltung

Titel	Thema	Chefredakteur	Herausgeber	Verlag	Auflage	Seiten	Erscheinungsweise	seit
DIE WELTBÜHNE	Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft	Kollegium	-	v. Ossietzky & Co., Berlin	unbekannt	32	wöchentlich	1947
WOCHENPOST	-	Chefredaktion: Rudi Wetzel	Hermann Leupold	Berliner Verlag, Berlin	unbekannt	24	wöchentlich	1954
DAS MAGAZIN	-	Chefredaktion: Heinz H. Schmidt und Hilde Eisler	-	„Das Neue Berlin“, Berlin	unbekannt	80	monatlich	1954
DEUTSCHES SPORT-ECHO	Organ der Demokratischen Sportbewegung	Kollegium	-	Sportverlag, Berlin NW 7	unbekannt	8	3 mal wöchentlich	1947
EULENSPIEGEL	Zeitschrift für Satyre und Humor	Chefredaktion: K. Kuntscher	-	„Eulenspiegel“, Berlin	unbekannt	16	wöchentlich	1954
ZEIT IM BILD	Illustrierte	Kollegium	-	„Zeit im Bild“, Dresden	unbekannt	20	14tägig	1955
NEUE BERLINER ILLUSTRIERTE	-	Chefredaktion: Bernt v. Kügelgen	-	Allgemeiner Deutscher Verlag, Berlin	unbekannt	16	wöchentlich	1945
DER REPORTER	Früher USA in Wort und Bild; illustriert	Chefredaktion: Alfred Zahn	-	Kongreß-Verlag, Berlin	unbekannt	40	monatlich	1953
FREIE WELT	Großformatige Illustrierte der Mitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft	Chefredaktion: Friedrich Heilmann	Zentralvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft	„Kultur und Fortschritt“, Berlin	unbekannt	-	14tägig	1954
DEUTSCHE BAUERN-ILLUSTRIERTE	-	Chefredaktion: Bernhard Braunert	-	Bauernverlag, Berlin	unbekannt	16	14tägig	1955
SPORT IM BILD	-	Chefredaktion: Kurt Laube	-	Sportverlag Berlin	unbekannt	16	14tägig	1955

c) Publikationen von Massenorganisationen, Fachorganisationen und Ministerien

DAS DEMOKRATISCHE DORF	Funktionär-Organ der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft)	-	-	Berlin	-	32	monatlich	1950
DIE VOLKSPOLIZEI	Zeitschrift für das gesamte Polizeiwesen	-	-	Berlin	-	16	14tägig	1948
SPORT UND TECHNIK	Organ der Gesellschaft für Sport und Technik	-	-	Halle	-	40	14tägig	1952
NEUE JUSTIZ	Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft	Kurt Hanne	Ministerium der Justiz, Oberstes Gericht und Generalstaatsanwaltschaft der DDR	Berlin	-	-	14tägig	1947
DEMOKRATISCHER AUFBAU	Zeitschrift für die Mitarbeiter der Staatlichen Organe	-	-	VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin	80 000	-	monatlich	1946
DEUTSCHE LEHRERZEITUNG	Organ der Deutschen Demokratischen Schule - gilt als offizielles Organ des Ministeriums für Volksbildung -	-	-	Volk und Wissen, Berlin	-	-	wöchentlich	1954
DAS HOCHSCHULWESEN	Organ des Staatssekretariats für Hochschulwesen im Ministerium für Volksbildung der DDR	-	-	Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin	-	-	monatlich	1953
UNSER RUNDFUNK	Organ des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, - Einzige Rundfunkzeitung der Zone	Kollegium Leiter: Gustav Kleinert	-	Henschel-Verlag, Berlin	-	24	wöchentlich	1946

d) Ausländische Zeitschriften in Deutscher Sprache

NEUE ZEIT	(Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer, rumänischer, ungarischer und schwedischer Sprache)	Chefredaktion: L. Leontjew	-	„Trud“, Moskau	unbekannt	32	wöchentlich	-
SOWJETUNION	Illustrierte Monatsschrift (Erscheint in russischer, deutscher, chinesischer, koreanischer, englischer, französischer und spanischer Sprache)	Chefredaktion: P. N. Kusnezow	-	Moskau	unbekannt	40	monatlich	in der Zone 1950
TSCHECHOSLOWAKEI	-	Chefredaktion: H. Borkova u. E. Outratova	-	Orbis, Prag	unbekannt	28	monatlich	in der Zone 1955
DIE WELTGEWERKSCHAFTS-BEWEGUNG	-	Deutsche Redaktion: Bundesvorstand FDGB, verantwortlich: Helmut Schorrat	-	„Tribüne“, Berlin	unbekannt	40	monatlich	-
FÜR DAUERHAFTEN FRIEDEN, FÜR VOLKSDEMOKRATIE	Organ des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform)	-	-	Redaktion und Verlag: Bukarest	unbekannt	6	wöchentlich	in der Zone 1948
POLEN	Illustrierte Zeitschrift (erscheint in polnischer, deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache)	Chefredaktion: D. J. Pionski	-	„Polonia“, Warschau	unbekannt	24	monatlich	in der Zone 1954
AUFBAU UND FRIEDEN	Wochenblatt der deutschen Werktätigen in der Tschechoslowakei	Chefredaktion: Kurt Babel	Zentralrat der Gewerkschaften	Prag	unbekannt	6	2 mal wöchentlich	in der Zone 1951

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4,50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST - BONN/RHEIN - KÖNIGSTRASSE 85

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Dillon Anderson: „Der Präsident und die Sicherheit
des Landes“
- Walter A. Berendsohn: „Probleme der Emigration
aus dem Dritten Reich“
- John C. Campbell: „Verhandlungen mit den Sowjets“
- Jane Degras: „Wo steht Rußland heute?“
- Wolfgang Finkelnburg: „Naturwissenschaft und Schule im
geistigen Leben unserer Zeit“
- Erich Hampe: „Im Spannungsfeld der Luftmächte“
- Anton Hoch: „Der Luftangriff auf Freiburg 1940“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Wolfgang Leonhard: „Der 20. Parteitag in Moskau
— eine Analyse“
- Theodor Litt: „Der freie Mensch in der
versachlichten Welt“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
-
-